



**Geographisches Institut
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn**

**Immer nur dagegen?
Bürgerengagement im Internet - Das Beispiel Bonn Viktoriakarree**

Bachelorarbeit

Vorgelegt von: Felix Herrmann

Betreut durch: Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt

Matrikel-Nr.: 2482541

E-Mail: s6feherr@uni-bonn.de

Datum: 29.03.2016

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Tabellenverzeichnis.....	V
1. Einleitung.....	1
2. Bürgerbeteiligung in Deutschland.....	2
2.1 Aufkommen der Bürgerbeteiligung.....	2
2.1.1 Formelle Bürgerbeteiligung.....	3
2.1.2 Informelle Bürgerbeteiligung.....	3
2.2 Good Urban Governance als Rahmen für mehr Partizipation.....	4
2.3 Bürgerbeteiligung braucht Qualitätsstandards.....	5
2.4 E-Partizipation.....	6
2.4.1 Erste E-Partizipationsprojekte in Deutschland.....	7
2.4.2 Entwicklung eines E-Partizipationsangebotes in Bonn.....	8
2.4.3 Chancen und Grenzen von E-Partizipation.....	9
2.5 Viktoriakarree.....	10
2.5.1 Rückblick über die Planungen im Viktoriakarree.....	12
2.5.2 Weiterer Verlauf nach Gründung der Bürgerinitiative Viva Viktoria!.....	14
2.6 Social Media.....	16
2.6.1 Facebook.....	16
2.6.1.1 Facebookgruppen.....	17
2.6.2 Twitter.....	17

3. Methodische Vorgehensweise.....	18
3.1 Die Beobachtung.....	18
3.2 Das leitfadengestützte Experteninterview.....	19
4. Darlegung der Untersuchungsergebnisse	21
4.1 Untersuchung der Onlinepräsenzen der Bürgerinitiative.....	21
4.1.1 Facebookgruppe „Viva Viktoria! Für ein lebendiges Viktoriaviertel“	21
4.1.2 Facebookseite der Bürgerinitiative.....	22
4.1.3 Twitteraccount der Bürgerinitiative.....	22
4.1.4 Webseite der Bürgerinitiative.....	23
4.1.5 Einschätzung der Interviewpartner über die Onlinepräsenzen der Bürgerinitiative. 23	
4.2 Organisation und Kommunikation der Befürworter einer Shopping-Mall.....	24
4.3 Bedeutung des Internets zur Mobilisierung.....	25
4.3.1 Die Bedeutung des Internets für Viva Viktoria!.....	26
4.4 Soziale Bewegungen und Protest.....	27
4.4.1 Einordnung von Viva Viktoria! als Protestbewegung	28
4.5 Ausgangsfrage: Immer nur dagegen?.....	31
4.5.1 Einschätzung der Interviewpartner über die Motivationsgründe von Viva Viktoria!	33
4.5.2 Repräsentativität von Viva Viktoria!.....	34
4.6 Potential von elektronischen Medien für mehr Beteiligung.....	35
5. Fazit.....	37
6. Literaturverzeichnis.....	39

Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
Abb.	Abbildung
bspw.	beispielsweise
BBB	Bürger Bund Bonn
BI	Bürgerinitiative
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
e.V.	eingetragener Verein
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
et al.	und andere
EU	Europäische Union
f	folgend
FDP	Freie Demokratische Partei
ff	folgende
GIS	Geographisches Informationssystem
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
Inc.	Incorporated
IP	Interviewpartner
m ²	Quadratmeter
o.J.	ohne Jahresangabe
OB	Oberbürgermeister
s.	siehe
S.	Seite
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Tab.	Tabelle
u.	und
u.a.	unter anderem
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
usw.	und so weiter
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
WDR	Westdeutscher Rundfunk
z.B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kooperationsformen und Einordnung der Partizipation im Governance-Modell (Quelle: Sinning 2006: 87).....	4
Abbildung 2: Satellitenfoto des Viktoriakarrees (Quelle: Eigene Bearbeitung nach TIM-online.nrw.de).....	11
Abbildung 3: Topographische Karte des Viktoriakarrees (Quelle: Eigene Bearbeitung nach TIM-online.nrw.de).....	11
Abbildung 4: Einseitige Anzeige im General-Anzeiger vom 28.11.2015 (Quelle: Kommentar von User Tobi Mandt innerhalb der Facebookgruppe).....	24

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht der Interviewpartner (Quelle: Eigene Darstellung).....	20
---	----

1. Einleitung

Seit 2010 steht das Bauprojekt „Stuttgart 21“ symbolträchtig für eine verfehlte Bürgerbeteiligung. Die Proteste um den Neubau des Stuttgarter Bahnhofes zeigen beispielhaft die zunehmende Nutzung von Online-Kollaborationen und Online-Protesten durch die aktive zivilgesellschaftliche Bürgerschaft (BONNER AKADEMIE FÜR FORSCHUNG UND LEHRE PRAKTISCHER POLITIK (BAPP) 2012: 19ff). In dem Zusammenhang entstand auch mit „Wutbürger“ das „Wort des Jahres 2010“, woraus sich die Fragestellung dieser Arbeit indirekt ableitete. Der Begriff bezeichnet laut DUDEN (o.J.) einen „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierenden und demonstrierenden Bürger“.

Auf Twitter und Facebook wurden online Informationen zusammengefasst und über Links und Tweets weiter verbreitet, so dass daraus ein breites Informations- und Partizipationsnetzwerk für Aktive und Interessierte entstand. Dabei ist die weite Verbreitung dieser sozialen Netzwerke für Gegner¹ sowie Befürworter von „Stuttgart 21“ von hoher Bedeutung (BONNER AKADEMIE FÜR FORSCHUNG UND LEHRE PRAKTISCHER POLITIK (BAPP) 2012: 22). So wurden auf Facebook verschiedene Gruppen gegründet, die das Projekt Stuttgart 21 entweder befürworten oder ablehnen (vgl. KLEMMER 2011: 1).

Eine verfehlte Bürgerbeteiligung in kleinerem Ausmaß wird der Verwaltung und den Politikern der Stadt Bonn aus Teilen der Bevölkerung vorgeworfen. Diese fanden sich in der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* zusammen und kommunizieren ihre Anliegen u.a. über das Internet und die dortigen sozialen Netzwerke Facebook und Twitter. Hieraus resultierte schließlich die Rücknahme des Verkaufsbeschlusses von städtischen Grundstücken im Viktoriaviertel des Stadtrates an einen Investor.

Ziel dieser Bachelorarbeit soll es sein Bürgerengagement über das Internet und Social Media anhand des Beispiels Viktoriakarree zu untersuchen. Dabei stehen die Facebookgruppe, der Twitteraccount und die allgemeine Webseite der Initiative im Vordergrund. Des Weiteren soll erforscht werden, ob Befürworter des Verkaufs städtischer Grundstücke sich ebenfalls in ähnlicher Art und Weise engagieren. Ein Fokus soll auch darauf gelegt werden, wer dort wie argumentiert und diskutiert.

Dabei wird der These nachgegangen, dass sich Menschen immer nur gegen etwas organisieren und engagieren. Dazu werden auch Aussagen von Experten herangezogen, die im Zusammenhang dieser Arbeit in Interviews befragt wurden.

¹ An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass in der vorliegenden Arbeit aus Gründen der Lesbarkeit lediglich die maskuline Form für Personenbezeichnungen verwendet wird.

Die vorliegende Arbeit unterteilt sich in fünf Kapitel. Kapitel zwei gibt zunächst einen Einblick in die Thematik der Bürgerbeteiligung und deren Bestandteil E-Partizipation bevor die Entwicklung um das thematisierte Gebiet des Viktoriakarrees nachgezeichnet wird und die untersuchten Social Media Plattformen Facebook und Twitter kurz vorgestellt werden. Nach der Erläuterung der methodischen Vorgehensweise in Kapitel drei werden anschließend die erhobenen Daten aus den Interviews zusammen mit den Internetpräsenzen analysiert. Die Arbeit schließt in Kapitel fünf mit einem Fazit anhand dessen die Hauptfragestellung der Arbeit beantwortet werden soll:

„Immer nur dagegen? Bürgerengagement im Internet – Das Beispiel Bonn Viktoriakarree“

Da es sich bei dem zu untersuchenden Gegenstand um einen weiterlaufenden Prozess handelt werden in dieser Arbeit Ereignisse, die nach dem 03.02.2016 stattgefunden haben nicht berücksichtigt.

2. Bürgerbeteiligung in Deutschland

2.1 Aufkommen der Bürgerbeteiligung

In den Anfangsjahren, nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, hatten die Bürger nur die Möglichkeit über Wahlen und Mitgliedschaft in einer Partei am politischen Geschehen teilzunehmen. Dies änderte sich ab den 1970er Jahren mit der Stärkung der Informations- und Anhörungsrechte der Bürger auf kommunaler Ebene in Form von Bürgerversammlungen und der formellen Beteiligung an Planungsverfahren der öffentlichen Hand. In den 1990er Jahren kamen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide als direktdemokratische Verfahren hinzu. Parallel entwickelten sich mit der Zeit informelle und diskursive Verfahren der Bürgerbeteiligung als Ergänzung zu den institutionalisierten Beteiligungsformen (VETTER 2008: 11f).

Da man zwischen direkter und repräsentativer Demokratie unterscheiden muss, kann man Bürgerbeteiligungen heute als systemimmanente Ergänzung der repräsentativen Demokratie kategorisieren (GAR NRW GRÜNE ALTERNATIVE IN DEN RÄTEN NRW 2013: 6). Diese unterteilt man im klassischen Verständnis in formelle und informelle Bürgerbeteiligungen.

2.1.1 Formelle Bürgerbeteiligung

Unter formeller Bürgerbeteiligung versteht man die gesetzlich verankerte Öffentlichkeitsbeteiligung bei bestimmten Entscheidungsverfahren der öffentlichen Hand auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Diese wird am häufigsten im Rahmen des Bauplanungsrechts angewendet. Dabei findet ein meist zweistufiges Modell statt, in dessen erster Stufe Stellungnahmen und Einwände im Zuge der Planauslegung geäußert werden können. Der Erörterungstermin über die geäußerten Ansichten bildet die zweite Stufe. Somit können die Bürger zwar Bedenken äußern, die Entscheidung darüber ist aber vom jeweiligen Fall, den gesetzlichen Rahmenbedingungen und dem Ermessen der durchführenden öffentlichen Stellen abhängig. Die Entscheidungen müssen allerdings vor dem Gesetz Bestand haben, da über den Klageweg weiterhin eine verbindliche Einflussnahme außerhalb des eigentlichen Verfahrens möglich ist. Die Einwendungen können zurückgewiesen werden oder zu Auflagen für den Vorhabenträger führen (BERTELSMANN STIFTUNG 2014: 18; REIDINGER 2013: 2).

2.1.2 Informelle Bürgerbeteiligung

Informelle Bürgerbeteiligung ist nicht gesetzlich verankert, sondern geschieht auf freiwilliger Basis der Bürgerschaft und kann auf den Wunsch nach mehr Einbindung in politische Prozesse zurückgeführt werden (BERTELSMANN STIFTUNG 2014: 19). Mittlerweile ist ein breites Spektrum an Methoden entstanden, aus denen man für die jeweilige Situation ein passendes Verfahren auswählen kann. Dazu gehören u.a. Planungszellen, Bürgerräte, World Café, Mediation oder Runde Tische (REIDINGER 2013: 2).

Diese Verfahren haben häufig einen diskursiven Charakter, deren theoretische Grundlage die Arbeiten zum kommunikativen Handeln des Soziologen und Philosophen Jürgen Habermas bilden. Sie unterscheiden sich maßgeblich von formellen Partizipationsformen in:

- der zeitlichen Befristung und der intrinsischen Motivation der Teilnehmer.
- der thematischen Fokussierung auf lokale und regionale Problemstellungen.
- dem wissenschaftlich objektiven Partizipationsstil unter Berücksichtigung subjektiver Interessen.
- der Ergebnisoffenheit des Verfahrens und der Möglichkeit der Bürger sich nicht nur punktuell, sondern kontinuierlich zu beteiligen (PFENNING u. BENIGHAUS 2008: 199f).

Anhand der Kriterien Effizienz, Kompetenz, Fairness und Legitimation lässt sich die Qualität solcher diskursiver Verfahren beurteilen (RENN 2011: 35).

2.2 Good Urban Governance als Rahmen für mehr Partizipation

Städte und Gemeinden sind durch aktuelle Vorgänge wie Finanzknappheit, dem demographischen Wandel oder dem Strukturwandel der Ökonomie gefordert ihre Leistungen und Arbeitsabläufe anzupassen. Um bei Angelegenheiten aus den verschiedensten lokalpolitischen Bereichen zu möglichst befriedigenden Lösungen zu kommen sind Kooperationen zwischen Regierung und Bürgern eine Möglichkeit (SINNING 2006: 87).

Hierbei spricht man von Good Urban Governance. Dabei ist die Wirtschaft der dritte Akteur einer neuen Form der Staats- und Verwaltungsreform. Das Ziel dieser Kooperationen ist es für gesellschaftliche Fragen und Probleme in der Kommune nachhaltige und zukunftsweisende Lösungen zu finden. Zur Findung innovativer Lösungen wird eine wirksame, transparente und partnerschaftsorientierte Zusammenarbeit vorausgesetzt (LÖFFLER 2001: 212).

Innerhalb des theoretischen Rahmens des Governance-Modells ergeben sich je nach Beteiligten unterschiedliche Kooperationsformen (s. Abb. 1). Die Rolle des Bürgers als Partner der Kommunen findet sich v.a. im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Der Staat bzw. die Kommune gewährleistet weiterhin die Erfüllung von gemeinwohlorientierten Aufgaben, während diese durch das Engagement der Bürgerschaft als Ko-Produzent ergänzt werden (SINNING 2006: 88).

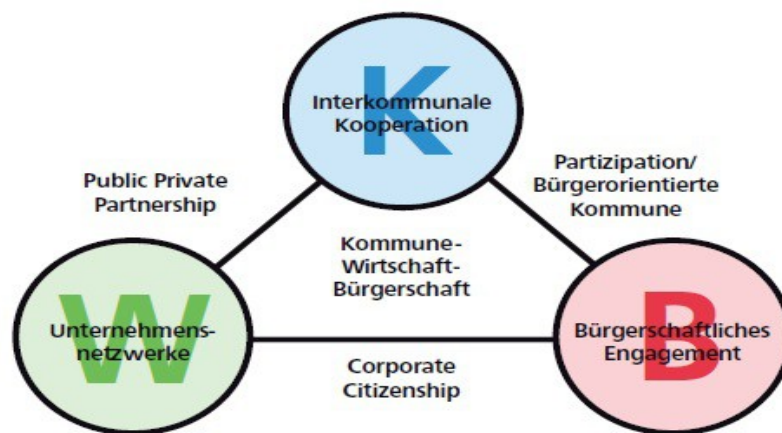


Abbildung 1: Kooperationsformen und Einordnung der Partizipation im Governance-Modell (Quelle: Sinning 2006: 87)

Daraus entsteht ein Wertschätzungsgewinn für den Bürger und es kommt zur Verschiebung des Selbstverständnisses der Ordnungskommune hin zur Dienstleistungskommune. Nachdem diese sich mittlerweile etabliert hat, ist das Ziel die kommunale Verwaltung zur Bürgerkommune weiterzuentwickeln. Diese sieht den Bürger nicht nur als Kunden, der zufriedengestellt werden muss, sondern auch als Partner, der eine Mitverantwortung bei der Gestaltung der Städte und Gemeinden trägt. Grundlage dafür ist die Einrichtung von transparenten und dialogorientierten Verfahren sowie ein Selbstverständnisswandel in Politik und Verwaltung. Letzterer wird durch

die Angst vor einem Machtverlust seitens der Politiker und durch Zweifel an der fachlichen Kompetenz und dauerhaften Verlässlichkeit der Bürger durch die Verwaltung gehemmt. Jedoch wird eine grundsätzliche formale Steuerung der Verwaltung weiterhin vorausgesetzt, die bspw. festlegt bei welchen Planungs- und Entscheidungsprozessen Bürgerbeteiligung angewendet wird (SINNING 2006: 88ff).

Somit werden Bürger und Wirtschaft als private, sowie Politik und Verwaltung als stadtgesellschaftliche Akteure vor die Herausforderung gestellt gemeinsam die Zukunftsfähigkeit einer Kommune zu sichern. Die Festlegung und Umsetzung von Maßnahmen und Qualitätsstandards können zur Sicherung beitragen, so dass die Verwaltungsmodernisierung umgesetzt wird und um langfristig die Qualität der Partizipation und der Bürgerorientierung zu steigern (SINNING 2005: 585ff).

2.3 Bürgerbeteiligung braucht Qualitätsstandards

Zur Steigerung der Qualität der Bürgerpartizipation sind vom NETZWERK BÜRGERBETEILIGUNG (2013) zehn Qualitätskriterien für eine gute Bürgerbeteiligung erarbeitet worden, welche durch regelmäßige Diskussion verändert und ergänzt werden können. Diese lauten:

Gute Bürgerbeteiligung

- braucht die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog.
- braucht Ressourcen und klare Ziel- und Rahmenseetzungen.
- nutzt die vorhandenen Gestaltungsspielräume.
- ist ein Dialog auf Augenhöhe.
- ist verbindlich und verlässlich.
- braucht eine sorgfältige und kompetente Gestaltung des Beteiligungsprozesses.
- braucht transparente Information.
- ermöglicht die Mitwirkung aller.
- lernt aus Erfahrung.
- ist in eine lokale Beteiligungskultur eingebettet.

Solche Leitlinien wurden bisher nur in wenigen Städten verankert. Dazu bedarf es neben dem erklärten stadtpolitischen Willen auch einer Beteiligungsmotivation der Bürgerschaft, so dass sich aus vielen guten Beispielen in deutschen Städten und Gemeinden eine allgemeine kommunale Beteiligungskultur entwickeln kann (DEUTSCHER STÄDTETAG 2013: 19). Die Grundlage für eine Beteiligungskultur entsteht schon bei der Erstellung von Leitlinien, indem ein Konsens über den Rahmen für nachfolgende demokratische Informations-,

Willensbildungs-, Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse gebildet wird und alle Beteiligten sich ein Know-How darüber erarbeiten, wie alltäglich gelebte Beteiligung funktioniert (WEITZ 2014: 4).

2.4 E-Partizipation

Neue Medien wurden in der Vergangenheit immer wieder mit einem Wandel der politischen Beteiligung in Verbindung gebracht. Dies begann mit dem Buchdruck und reicht über Telefonie und Rundfunk bis zum Internet mit dem sogenannten Web 2.0. Das Internet gilt als großer Hoffnungsträger, um „die kränkelnde Demokratie zu kurieren“ (FRIESS 2013: 18).

So ist seit den 1990er Jahren eine politische Debatte darüber entstanden, ob das Internet dazu beitragen kann Politik bürgernäher zu gestalten und die traditionellen Partizipationsmuster zu verbessern (MOSER 2014: 21). Die Ausweitung von Breitbandanschlüssen kurz nach der Jahrtausendwende führte dazu, dass das Internet in alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens vordrang und sich vom Nischendasein zu einem allgegenwärtigen Werkzeug entwickelte (SCHULZE-WOLF 2007: 8). Gerade die Fülle an Kommunikationsmöglichkeiten bieten für eine kommunikationsintensive Staatsform wie die Demokratie in der Theorie große Veränderungspotentiale (FRIESS 2013: 18).

SCHULZE-WOLF (2007: 9) kombiniert die Begriffe Internet und Partizipation in einer einfachen Formel zu E-Partizipation. Der Begriff bezeichnet „die Teilhabe von natürlichen und juristischen Personen und ihrer Gruppierungen an der Entscheidungsfindung in den staatlichen Gewalten mit Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)“ (MÄRKER 2009: 46).

E-Partizipation ist stark mit E-Demokratie und E-Government verknüpft. E-Demokratie ist der Überbegriff für demokratische Prozesse und Strukturen zwischen Staat und Bürgerschaft im Internet. Dem untergeordnet sind E-Partizipation und E-Government. Letzterer bezeichnet die elektronisch verlaufenden Geschäftsprozesse von Verwaltung und Regierung, wozu auch E-Administration als elektronische Verwaltung zählt. Die hierarchische Abstufung entspricht der von Demokratie, Regierung und Bürgerbeteiligung ohne elektronischen Bezug. Dabei gilt weiterhin, dass Bürger von unten agieren (bottom up) und der Staat von oben (top down). Mit E-Voting findet sich ein weiterer Begriff, der sich auf computergestützte freie und geheime Wahlen bezieht. Allerdings sind die technischen Unsicherheiten und damit einhergehenden Manipulationsmöglichkeiten so hoch, dass E-Voting in der Diskussion wenig Beachtung findet (BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG 2012).

Nachdem es mittlerweile für einen Großteil der Menschen zur Normalität geworden ist sich im Internet zu informieren, Bankgeschäfte abzuwickeln oder sich per E-Mail auszutauschen,

gewinnt das Web 2.0 als sog. Mitmach-Netz immer mehr an Bedeutung (KOOP 2010: 10). Durch die technische Weiterentwicklung des Internets hat sich auch die Rolle des Internetnutzers verändert. Dieser wird nun häufig mit dem aus Produzent und Konsument zusammengesetzten Wort Prosument bezeichnet, da er nicht mehr nur Informationen im Internet konsumiert, sondern diese auch bereitstellt (FRANZ ET AL. 2014: 44). So kann sich der Nutzer, im Gegensatz zu Fernsehen und Zeitung selbst einbringen und mitdiskutieren. Die Beteiligung der Nutzer am Schaffen neuen Zusatznutzens zeichnet das Web 2.0 aus (GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON o.J.). Die fortschreitende Etablierung im privaten und wirtschaftlichen Umfeld der Bürger machen steigende Nutzerzahlen sozialer Netzwerkplattformen wie Facebook oder Youtube deutlich. Gleichzeitig nimmt auch die Nutzung von Onlinepetitionen zu. Durch das Internet lassen sich außerdem in kürzester Zeit gleichgesinnte Anhänger für entsprechende Anliegen finden (KOOP 2010: 10f). Dies ist auf die dezentrale Organisationsstruktur des Internets zurückzuführen, die ein zeit- und ortsunabhängiges Zusammenfinden ermöglicht (HART u. PFLÜGER 2004: 8). Weitere Beispiele des Web 2.0 sind Wikis, Blogs, Kartendienste oder Bewertungs- und Tauschplattformen, welche auf freiwillig zusammengetragenen Informationen ebenjener Prosumenten basieren. Diese Techniken und Formen des Zusammenstellens und Diskutierens von Informationen sind grundlegend für E-Partizipation (FRANZ ET AL. 2014: 44).

Auch Politiker nutzen verstärkt Videobotschaften, Chats und Blogs um die Bürger zu informieren und in Wahlkämpfen um deren Stimme zu werben. Diese wollen aber nicht nur informiert, sondern auch miteinbezogen werden, was dazu führt, dass stetig mehr Beteiligungsprojekte und -plattformen seitens der Politik und Verwaltung eingerichtet werden. Das Ziel ist es bei Themen wie Familienpolitik, Bauvorhaben, Umweltschutz oder kommunaler Haushaltsplanung eine höhere Akzeptanz und bessere Qualität der getroffenen Entscheidungen zu erreichen (KOOP 2010: 11).

2.4.1 Erste E-Partizipationsprojekte in Deutschland

Mit dem von der EU geförderten Projekt „Geomed“ kam 1997 das erste E-Partizipationsangebot in Deutschland unter Laborbedingungen zum Einsatz. Bei diesem Forschungsprojekt wurden webbasierte Foren, GIS und Erkenntnisse der Mediationsmethode im Kontext der Raumplanung zusammengeführt. Ein Jahr später nutzte die Stadt Bonn dieses Tool für die frühzeitige Bürgerbeteiligung an einem Bebauungsplan für ein Neubaugebiet. Innerhalb von vier Wochen konnten die Bürger Stellungnahmen zu den online einsehbaren Plänen abgeben, was von drei Personen in Anspruch genommen wurde. Weitaus mehr Zuspruch erhielt das deutsch-niederländische Dialogprojekt „Future of Foods“ im Jahr 2001. Dort wurden innerhalb von sechs Wochen 450 Diskussionsbeiträge in einer Online-Konsultation zur Zukunft der

Landwirtschaft verfasst. Das Diskussionsforum wurde moderiert, übersetzt und mit einer Online-Meinungsumfrage sowie Workshops und Events offline ergänzt. Dieses Projekt gilt aufgrund seiner aufwendigen Organisation, Transparenz, der Schnittstelle zwischen Online- und Offlineveranstaltungen und der Einbeziehung führender Politiker als beachtlich und beispielhaft. Es folgten weitere Beispiele in der Bundesrepublik (INSTITUT FÜR INFORMATIONSMANAGEMENT BREMEN GMBH 2008: 35f).

2.4.2 Entwicklung eines E-Partizipationsangebotes in Bonn

Im Jahr 2009 wurde im Dezernat des Oberbürgermeisters der Fachbereich Bürgerbeteiligung angesiedelt. Dieser berät die Ämter bei ihren Vorhaben und dient als zentraler Ansprechpartner für die Verwaltung. Daraufhin wurden verschiedene Beteiligungsprojekte wie der Masterplan Innenstadt, der Runde Tisch Kultur oder Stadtteilkonferenzen umgesetzt und das Internet-Partizipationsportal „Bonn packt's an“ zur Bürgerbeteiligung am Haushalt eingerichtet (LAHMANN 2014: 1f). Dieses Portal wurde später zu einem allgemeinen Partizipationsportal mit dem Namen „Bonn macht mit“ weiterentwickelt, in dem alle Beteiligungsangebote der Stadt zusammengefasst werden (STADT BONN 2016).

Gegen Ende des Jahres 2011 wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung verbindlicher Bürgerbeteiligungskriterien vom Stadtrat beschlossen. Diese nahm im Sommer 2012 ihre Arbeit auf und bestand aus 23 Mitgliedern, die sich aus acht Vertretern der Ratsfraktion, acht zufällig ausgewählten Bürgern und sieben Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung zusammensetzte. Moderiert und fachlich begleitet wurde die Arbeit der Gruppe durch die ortsansässige Stiftung Mitarbeit. Im Spätsommer 2013 wurde ein Zwischenbericht veröffentlicht und die restliche Bevölkerung hatte zwischen Januar und Februar 2014 die Möglichkeit in einer Bürgerwerkstatt und einer Online-Komentierungsphase Kritik und weitere Ideen beizusteuern (STADT BONN 2014: 2). Für die Etablierung einer transparenten Beteiligungskultur in Bonn beschloss der Stadtrat am 27. März 2014 die Verankerung der Bürgerbeteiligungsleitlinien für Verwaltungsprozesse und politische Entscheidungsfindungen (STADT BONN 2015b). Diese beinhalten zehn Qualitätskriterien, die den in Kapitel 2.3 genannten ähneln (vgl. STADT BONN 2014: 9) und als Grundlage für alle freiwilligen und als Ergänzung für gesetzlich festgelegte Beteiligungsformen dienen. „Die *Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn* gelten für Vorhaben der Bundesstadt Bonn. Bei »Vorhaben« handelt es sich um wichtige Planungen und Vorhaben der Stadt – beispielsweise in den Bereichen Stadtplanung und Stadtbau, Kultur, Soziales, Handel und Gewerbe –, die unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl der Einwohnerschaft nachhaltig berühren“ (STADT BONN 2014: 5). Auch Vorhaben und

städtebauliche Verträge mit privaten Vorhabenträgern und Investoren können bedeutsam für die Einwohner sein, so dass dem Rat und dem OB empfohlen wird die Leitlinien in diesen Fällen ebenfalls anzuwenden (STADT BONN 2014: 5).

2.4.3 Chancen und Grenzen von E-Partizipation

Die Diskussion um eine Verbesserung der Deliberation und Partizipation durch das Internet geht wie bereits erwähnt auf die Arbeiten von Habermas zurück. Dabei sei v.a. die „Theorie der Öffentlichkeit“ zu nennen. Demnach haben alle Beteiligten Zugriff auf alle Informationen und die gleichen Chancen an der Diskussion teilzunehmen. In einer kommunikativen Debatte werden Regeln und Themen diskursiv festgelegt, wobei vorausgesetzt wird, dass alle Beteiligten informiert sind und vernunftgelenkt handeln. Dadurch erlernen und erproben die Akteure Werte wie Toleranz und Respekt und stärken ihre eigene Rolle zur allgemeinen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Als Ergebnis der Beratschlagung entsteht eine von allen getragene Entscheidung (KNEUER 2013: 14f).

Allerdings begünstigt die Anonymität im Internet auch, dass Nutzer zu einer rauen Sprache, Beleidigungen und Anfeindungen neigen. Aber auch die Fachsprache der Behörden und schwierig zu lesende Baupläne sind Hindernisse für die Beteiligten. Das widerspricht den Habermas'schen Idealen eines rationalen Diskurses (KNEUER 2013: 15f; LÜBCKE ET AL. 2011: 63).

Die Anonymität erleichtert es den mehr zurückhaltenden Personen sich zu Wort zu melden, sowie generell die Äußerung von Kritik (MÄRKER u. WEHNER 2008: 87f). ROTONDO u. SELICATO (2011: 202) vermuten eine im Vergleich zu face-to-face Gesprächen eher unpersönliche und distanzierte Kommunikation, die Kreativität und zwischenmenschliche Fähigkeiten nicht aktiviert. Für bestimmte Bevölkerungsgruppe wie Behinderte, Eltern oder beruflich eingeschränkte Personen bietet die Zeit- und Ortsunabhängigkeit eine Chance auf bessere Teilhabe. Außerdem kann man in das laufenden Verfahren zu einem späteren Zeitpunkt einsteigen, was eine transparente Dokumentation des Verfahrens voraussetzt (HENNING ET AL. 2011: 66; ROTONDO u. SELICATO 2011: 202f).

Insgesamt stellt sich die Frage, ob Personen, die sich offline nicht politisch engagieren, wirklich durch das Internet mobilisiert werden können. Politisch aktive Personen messen der E-Partizipation gute Chancen bei und sind auch bereit und fähig diese zu Nutzen. Diese Personen sind, wie der Internetnutzer auch, überwiegend männlich, unter 30 Jahre alt und gehören zu einer hohen Einkommens- und Bildungsschicht (KNEUER 2013: 17f). Unterschiedliche Ansichten finden sich auch zum sog. „digital divide“. MÄRKER u. WEHNER (2008: 88) sehen

einen ausgeglichenen Internetzugang und entsprechendes Know-How in den Industrieländern voraus. Sie begründen dies mit zunehmenden EDV-Kenntnissen in der breiten Bevölkerung wodurch nicht mehr nur junge und gebildete Männer das Netz nutzen werden. ROTONDO u. SELICATO (2011: 202) stützen ihre Befürchtung eines zunehmenden „digital divide“ mit Untersuchungen aus Italien und den USA. Des Weiteren besitzt das Internet örtlich unterschiedliche Schnelligkeiten, was zu Problemen beim Herunterladen größerer Dateien führen kann. Es besteht die Gefahr des kompletten Ausschlusses bestimmter Bevölkerungsgruppen und einer Herausbildung und Verfestigung von politischen Eliten (KNEUER 2013: 17f).

Im Allgemeinen werden die unterschiedlichen Positionen in der Diskussion hinsichtlich ihrer Erwartungen an das demokratiefördernde Potential des Internets in Netzoptimisten, Netzpessimisten und Netzrealisten unterteilt (WINKEL 1999: 28ff).

2.5 Viktoriakarree

Im Mai 2010 wurde das beliebte Viktoriahallenbad geschlossen, was auf einen Beschluss des Stadtrats vom 31.01.2007 zurückgeht (GENERAL-ANZEIGER 2010a; 2015i). Dies kann als Startpunkt für die Planungen um das Viktoriakarree gesehen werden. So finden sich seit 2007 im Bonner General-Anzeiger weitere Artikel, welche eine Einzelhandelsausweitung in der Bonner Innenstadt im Zusammenspiel von Viktoriakarree, Friedensplatz und Bahnhofsvorplatz thematisieren. Der Verlauf der Planungen innerhalb der letzten fünf Jahre wird in den folgenden beiden Abschnitten dargelegt. Zunächst aber sollen Abb. 2 und Abb. 3 einen Blick auf das Viktoriakarree ermöglichen.

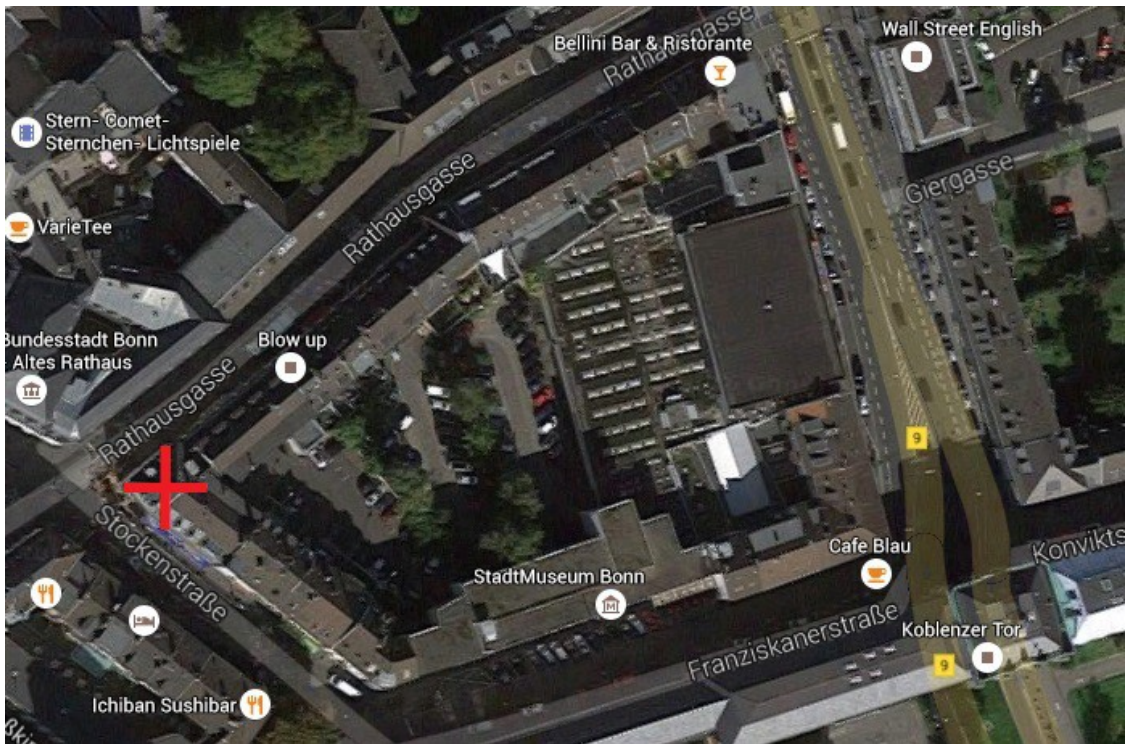


Abbildung 2: Satellitenfoto des Viktoriaquarrees (Quelle: Eigene Bearbeitung nach TIM-online.nrw.de)

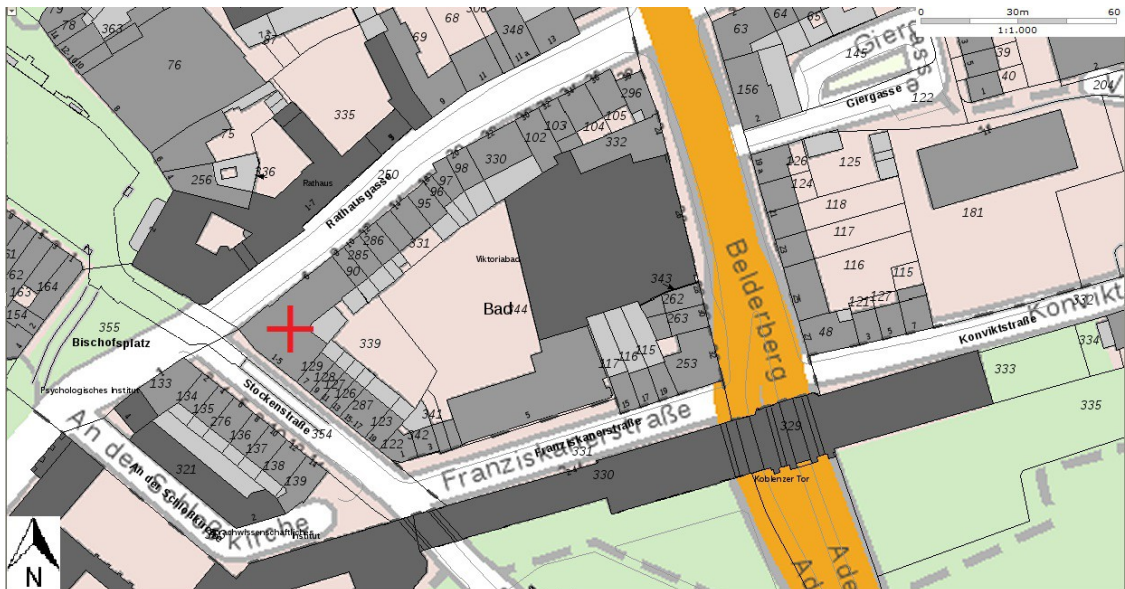


Abbildung 3: Topographische Karte des Viktoriaquarrees (Quelle: Eigene Bearbeitung nach TIM-online.nrw.de)

2.5.1 Rückblick über die Planungen im Viktoriakarree

Gegen Ende des Jahres 2010 entschied die Stadtverwaltung das Areal zwischen Belderberg, Rathausgasse, Stockenstraße und Franziskanerstraße mit den städtischen Grundstücken europaweit auszuschreiben. Dazu definierte sie städtebauliche Rahmenbedingung für eine Neubebauung, die u.a. eine der Nachbarschaft entsprechende Gebäudehöhe vorsieht. Des Weiteren sollten Räume für die Universität und eine Unterbringung des Stadtmuseums und des Stadtarchivs berücksichtigt werden. Ziel sei es eine strukturelle Aufwertung des Viertels mit einer lebendigen Mischnutzung zu schaffen (GENERAL-ANZEIGER 2010b).

Ein knappes Jahr später gab die Stadtverwaltung bekannt, dass eine Unterbringung des Stadtarchivs, des Stadtmuseums und der Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus in Hinblick auf mehr Leben im Viktoriakarree nicht möglich sei. Nach dem Durchspielen verschiedener Entwicklungsszenarien durch das Stadtplanungsamt befand man die Ansiedlung von Einzelhandel mit großflächigen Anbietern für eine gute Planungsoption. Eine Unterbringung der philologischen Bibliothek der Universität, mit einem Anspruch von 6500m², ist als realisierbar betrachtet worden (GENERAL-ANZEIGER 2011a).

Mittlerweile bekundeten zwei Investoren Interesse, welche sich einerseits für großflächigen Einzelhandel und andererseits für kleinere Geschäfte aussprachen. Bernhard Wimmer, der Vorsitzende des BBB, äußerte hier auch Kritik, dass im Viertel Planungen ohne Absprache mit den ansässigen Eigentümern laufen (GENERAL-ANZEIGER 2011b).

Reimund Sigel, der Geschäftsführer der Signa Development Deutschland GmbH² verkündete im Januar 2012 im Wirtschaftsausschuss der Stadt, dass sein Unternehmen das „Dahm-Grundstück“ (s. rote Markierungen in Abb. 2 und 3) mit einer Fläche von 1253m² an der Ecke Rathausgasse/Stockenstraße gekauft hat. Dieses Grundstück wird als Schlüsselgrundstück betrachtet. Dort soll eine Zufahrt zu einer von Signa geplanten Shopping-Mall entstehen. Diese Shopping-Mall sieht 20.000m² Verkaufsfläche mit kleineren Geschäften sowie drei große Ankermieter aus den Bereichen Mode, Nahversorger und Elektrofachmarkt vor. Die Unterbringung der philologischen Bibliothek soll im fünften Stockwerk erfolgen. Die Planung zur Ausweitung des Einzelhandels wird mit einer von Signa in Auftrag gegebenen Untersuchung der Innenstadt durch die Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung begründet. Diese kommt zum Schluss, dass es in der Bonner Innenstadt einen Mangel an gehobenen Markenshops, internationalen Anbietern, Lebensmittel- und Elektrofachmärkten gibt. Zur Umsetzung wäre es unabdingbar, dass die städtischen und privaten Grundstücke seitens des Investors gekauft werden müssen. Parallel stellte Winfried Siebers vom Düsseldorfer Projektentwickler „Development Partner“ deren Pläne vor. Diese sahen mehrere Gebäude und einen unbebauten Innenhof vor. In den Gebäuden sollten Gastronomie, ein kleines Wellnessbad,

2 Im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit aus Gründen der Lesbarkeit nur als Signa bezeichnet.

das Stadtmuseum, die Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus, Einzelhandel in nicht großem Maßstab und die Universität mit ihrer Bibliothek als Ankermieter untergebracht werden. Die Stadt fokussierte weiterhin eine europaweite Ausschreibung für weitere Interessenten und sah das bereits von Signa erworbene Schlüsselgrundstück nicht als Hindernis. Die Linkspartei sah das Angebot von Signa skeptisch, die CDU stand diesem eher positiv gegenüber (GENERAL-ANZEIGER 2012a).

Die SPD beharrte weiter auf eine Unterbringung des Stadtmuseums und der Gedenkstätte im Viktoriakarree und zog in Erwägung, dass das Grundstück unter anderen Umständen nicht an einen Investor veräußert werden dürfte (GENERAL-ANZEIGER 2012b).

Im Juni 2012 bereitete die Stadtverwaltung einen Auftrag zu einer Verträglichkeitsanalyse vor, um die Auswirkungen auf den Einzelhandel in der restlichen Innenstadt und anschließend das Gebiet des Viktoriakarrees mit Hauptaugenmerk auf großflächigen Einzelhandel und philologische Bibliothek zu untersuchen (GENERAL-ANZEIGER 2012c). Währenddessen kündigte Signa den Mietern in dem zuvor erworbenen Grundstück, wobei die Kündigung mit einem „fest geplanten Großprojekt“, wie es im Anwaltsschreiben heißt, begründet wurde (GENERAL-ANZEIGER 2012d).

Anfang März wurde das Ergebnis des Gutachtens der Kölner „Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen“ im Wirtschaftsausschuss bekannt gegeben. Der Bevölkerungszuwachs, den Status als Universitätsstadt und Tourismusdestination sowie eine überdurchschnittliche Kaufkraft seien wichtige Aspekte für eine Erweiterung v.a. in den Kategorien Einrichtungsgegenstände, Bekleidung und Elektro- sowie Outdoorartikel. Insgesamt wären 35.000m² zusätzliches Flächenpotential möglich, was einer Ausweitung um 26% entspricht. In Abhängigkeit der entstehenden Verkaufsflächen im Sparkassenneubau am Friedensplatz, dem Maximilian-Center und dem Nordfeld könnten im Viktoriakarree 20.000m² eingerichtet werden (GENERAL-ANZEIGER 2013).

Im weiteren Verlauf wurde viel über das Projekt diskutiert, bis im März 2014 die europaweite Ausschreibung und die Einführung eines Bebauungsplanverfahrens beschlossen wurden. Die Ausschreibung forderte eine neue Tiefgarage unter der Shopping-Mall, welche mit der Marktgarage verbunden und deren Zugang hinter dem Stockentor liegen sollte. Die zu entstehenden Einzelhandelsflächen wurden auf 15.000m² festgelegt und für die Bibliothek sollten 6500m² Fläche entstehen. Eine mögliche Unterbringung der Gedenkstätte und des Stadtmuseums wurden ebenfalls mit aufgenommen, wobei für beide eine Alternativunterbringung in einer ehemaligen Schule zur Debatte stand. Für die städtischen Grundstücke legte die Verwaltung einen Mindestkaufpreis von 12 Millionen Euro fest (GENERAL-ANZEIGER 2014).

Ende März 2015 wurde im Stadtrat eine Fachjury gewählt, welche die später abzugebenden verbindlichen Angebote anhand eines festgelegten Bewertungsschemas beurteilen sollte.

Des Weiteren wurde für den 22. April eine Bürgerinformationsveranstaltung vorgesehen, in welcher die Pläne vorgestellt und Fragen von der Fachjury beantwortet werden sollten (GENERAL-ANZEIGER 2015a). Zu dieser kamen 70 Personen und es wurde größtenteils über die Verkehrskonzepte der Investoren Signa und Hochtief diskutiert, welche beide die Bürger nicht überzeugten (GENERAL-ANZEIGER 2015b). Ebenso nicht die Parteien, da der Signa Entwurf größtenteils auf Einzelhandel ausgelegt war und der Entwurf von Hochtief zu viel Wohnraum vorsah. Gedenkstätte und Stadtarchiv sollten demnach in die ehemalige Schule verlegt werden, deren Renovierung allerdings mit hohen Kosten verbunden gewesen wäre. Auf der Bewertungsskala von 0 bis 6 Punkten erreichte indes der Hochtief-Entwurf 1,5 Punkte und der der Signa 2,3 Punkte. In weiteren nicht-öffentlichen Sitzungen wurde weiter über die beiden Entwürfe diskutiert und es zeichnete sich eine Spaltung in der regierenden sog. Jamaikakoalition aus CDU, FDP und den Grünen ab, da letztere im Gegensatz zu ihren Koalitionspartnern den Entwurf von Hochtief favorisierten. In der oppositionellen SPD befürwortete v.a. der Wirtschaftsbereich den Signa-Vorschlag, während die Bezirksfraktion zur Lösung des Konkurrenten tendierte. Eine mögliche Neuauflage der Ausschreibung stand ebenfalls zur Debatte (GENERAL-ANZEIGER 2015c; 2015d; 2015e).

Am 18.06.2015 wurde die Entscheidung in einer nicht-öffentlichen Sitzung zu Gunsten von Signa getroffen und in einem Ratsbeschluss festgehalten. Dabei stimmten BBB, CDU, FDP und SPD mehrheitlich für den Verkauf. Allerdings unter der Bedingung, dass der Investor im vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren die Bauhöhe verringert, es keine in sich geschlossene Mall werden soll und über die Tiefgaragenlösungen auch noch Einigkeit zu erzielen sei. Zwischendurch hatte sich der Vorstand der Gedenkstätte über mangelnde Kommunikation seitens der Stadtverwaltung beschwert (GENERAL-ANZEIGER 2015f; 2015g).

2.5.2 Weiterer Verlauf nach Gründung der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!*

Zu diesem Ratsbeschluss wurde am 15.07.2015 durch Axel Bergfeld, Geschäftsführer von „Bergfeld's Biomarkt“, ein Bürgerbegehren angestrebt (VIVA VIKTORIA 2015a). Am 29.07. wurde dann über eine Pressemitteilung die Gründung der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* bekanntgegeben. Diese wendet sich „gegen eine Totalüberbauung des gesamten Viertels und seine radikale Durchkommerzialisierung auf Kosten der jetzigen NutzerInnen wie eines vielfältigen städtischen Lebens im allgemeinen“ (VIVA VIKTORIA 2015b).

Dazu startete die Bürgerinitiative am 5. September eine Unterschriftensammlung, nachdem die vorgeschriebene Kostenschätzung beantragt wurde. Um ein Bürgerbegehren herbeizuführen müssen in Bonn 9835 gültige Unterschriften gesammelt werden (STADT BONN 2015a; VIVA VIKTORIA 2015c).

Zusätzlich wurde nach der Gründung der Initiative weiter auf sich und ihre Ziele aufmerksam gemacht, indem man Plakate, Luftballons und Buttons anfertigte, einen Werbefilm entwickelte, welcher in lokalen Kinos gezeigt wurde und das bekannte kölsche Lied „Viva Colonia“ unter dem Namen „Viva Viktoria“ in eine auf das Viertel bezogene Version umdichtete. Außerdem riefen die Initiatoren zu Spendensammlung und wöchentlichen Demos auf. Bei der ersten Versammlung kamen am 10. August 250 Demonstranten zusammen, welche das Viertel mit einer Menschenkette zu umschließen versuchten. Vertreter der Grünen, der Linkspartei und der Werkstatt Baukultur der Universität Bonn waren ebenfalls anwesend und teilten die Meinung der Demonstranten (GENERAL-ANZEIGER 2015h; VIVA VIKTORIA 2015d; 2015e; 2015f; 2015g).

Die von der Bürgerinitiative kritisierte Kostenschätzung der Stadt wurde von dieser zwei Mal korrigiert. Nach den Korrekturen zeigte sich, dass die Mieteinnahmen die Unterhaltskosten von 140.000 Euro der städtischen Immobilien übersteigen. Ebenfalls wurde eine Schadensersatzforderung in Höhe von einer Millionen Euro seitens des Investors genannt, was von der Bürgerinitiative in Frage gestellt wurde, da im Ausschreibungsexposé steht, dass ein Kaufvertrag über die Grundstücke nur möglich sei, wenn kein Bürgerbegehren dagegen spricht. Des Weiteren gab die Stadt bekannt, sich mit den Organisatoren des Bürgerbegehrens, welche dazu verpflichtet sind die Kostenschätzung bei der Unterschriftensammlung anzugeben, persönlich zu treffen (GENERAL-ANZEIGER 2015j). Währenddessen wurde von CDU, FDP, Piratenpartei und SPD in einem Beschluss festgelegt, dass im Neubau eine Mischung aus Wohnen, Gastronomie, Einzelhandel und die Bibliothek untergebracht werden soll und die Höhe des Unihauptgebäudes nicht überschritten werden darf. Kritik kam von der Linkspartei sowie den Grünen. Letztere forderten einen kompletten Neuanfang des Verfahrens und der Stadtverwaltung wurde durch Hartwig Lohmeyer vorgeworfen seit 2009 gezielt auf eine Shopping-Mall hingearbeitet zu haben, was sich seiner Ansicht nach aus einer geforderten Akteneinsicht ergab und zur Folge hatte, dass andere Investoren mit Alternativvorschlägen keine Chance gegenüber Signa gehabt hätten (GENERAL-ANZEIGER 2015k; 2015l).

Durch die Oberbürgermeisterwahl vom 13.09. löste Ashok-Alexander Sridharan (CDU) seinen Vorgänger Jürgen Nimptsch (SPD) am 21.10. ab. Sridharan hatte sich im Vorfeld im Gegensatz zu den OB-Kandidaten der SPD und der Grünen gegen eine Rücknahme des Verkaufsbeschlusses bei erfolgreichem Bürgerbegehren ausgesprochen (GENERAL-ANZEIGER 2015m; VIVA VIKTORIA 2015h).

Nachdem Viva Viktoria mindestens 14.000 gültige Unterschriften an OB Nimptsch abgegeben hatten forderten der Einzelhandelsverband, die IHK Bonn/Rhein-Sieg und der Verein City-Marketing in einem offenen Brief die Ratsfraktionen auf das Bürgerbegehren abzulehnen, während die Immobilien- und Standortgemeinschaft Friedrichstraße Frequenzverluste und den weiteren Verlust individueller Geschäfte befürchtete. Auch von der Bürgerinitiative wurde ein offener Brief verfasst (GENERAL-ANZEIGER 2015n; VIVA VIKTORIA 2015i).

Für die von der Linken einberufenen Sondersitzung des Stadtrates am 30.11. wurde durch die Befürworter der Shopping-Mall eine gemeinsame Presserklärung herausgegeben und von den Gegnern ein offener Brief mit 100 Unterschriften von IHK-Mitglieder unter dem Titel „nicht in unserem Namen“ veröffentlicht (GENERAL-ANZEIGER 2015o; VIVA VIKTORIA 2015j). In dieser Sondersitzung kam es zu einer Entscheidung von 41 Stimmen gegen das Bürgerbegehren und 42 Stimmen dafür. Dadurch kam es nicht zu einem Bürgerentscheid, in dem alle wahlberechtigten Bürger in Bonn über das Projekt hätten abstimmen können. Ebenfalls wurde beschlossen, dass eine Bürgerwerkstatt zur Entwicklung des Viktoriakarrees gestartet wird, in der sich die Bürgerinitiative engagieren will (GENERAL-ANZEIGER 2015p).

Die Initiative stellte im Januar 2016 einen Infocontainer auf, welcher ab Februar besetzt werden soll. Währenddessen begannen seitens der Stadtverwaltung die Planungen für die Bürgerwerkstatt, wobei sie sich gleichzeitig mit möglichen Schadensersatzanforderungen des Investors befassen muss (GENERAL-ANZEIGER 2016a). Am 23.01.2016 wurde im Viktoriaviertel ein Kulturfest organisiert, welches gut besucht wurde (GENERAL-ANZEIGER 2016b).

2.6 Social Media

Da zur Untersuchung der Bürgerinitiative deren Facebookgruppe und Twitteraccount miteinbezogen werden sollen, werden diese hier kurz erläutert. Bei den Überlegungen zur Ausweitung von E-Partizipation auf Social Media haben diese ebenfalls eine tragende Rolle.

2.6.1 Facebook

Im Jahr 2004 wurde das soziale Netzwerk Facebook gegründet. Dessen Betreiber ist das US-amerikanische Unternehmen Facebook Inc., welches mit einem Börsenwert von 226 Milliarden US-Dollar zu den wertvollsten Internetunternehmen weltweit zählt. Im Mai 2015 verzeichnete das soziale Netzwerk 1,49 Milliarden aktive Nutzer, die sich mindestens einmal im Monat dort angemeldet haben. Innerhalb Deutschlands nutzen 28 Millionen Menschen mindestens einmal pro Monat Facebook (Stand: Mai 2014) (STATISTA o.J.a).

Ein Nutzer erstellt bei seiner Anmeldung ein Profil von sich selbst und kann dort persönliche Informationen eintragen und mit anderen Mitgliedern in Kontakt treten (ZARRELLA u. ZARRELLA 2011: 21).

2.6.1.1 Facebookgruppen

Innerhalb von Facebook besteht die Möglichkeit eine Gruppe zu einem beliebigen Thema zu erstellen. In dieser Gruppe können sich Interessierte über das entsprechende Thema austauschen, ähnlich wie in Foren auf anderen Webseiten. Dies geschieht durch das Einfügen von Texten, Fotos, Videos oder Links auf der sogenannten Pinnwand, welche von anderen Nutzern kommentiert werden können. Dabei erscheinen die Beiträge in rückwärts chronologischer Anordnung, so dass der zuletzt eingefügte oder bearbeitete Beitrag an oberster Stelle steht. Gruppengründer haben zudem die Möglichkeit durch entsprechende Einstellungen über die Mitgliedschaften von Personen zu entscheiden oder die Gruppe öffentlich zugänglich zu machen (SCHWINDT 2012: 175-185).

2.6.2 Twitter

Zwei Jahre nach der Gründung von Facebook wurde der Mikroblogging-Dienstleister Twitter gegründet. Mittlerweile nutzen ihn weltweit 307 Millionen Menschen mindestens einmal im Monat, wobei für die Nutzeranzahl in Deutschland keine genauen Angaben vorliegen. Im September 2013 waren es etwa 3,8 Millionen (STATISTA o.J.b).

Die Besonderheit von Mikroblogging im Vergleich zum gewöhnlichen Bloggen liegt in der Begrenzung der Länge des Beitrags. Bei Twitter kann ein Beitrag maximal 140 Zeichen enthalten (ZARRELLA 2012: 39).

Voraussetzung für das aktive Nutzen von Twitter ist die Erstellung eines Benutzerprofils. Die sog. Twitterer treten durch gegenseitiges Folgen miteinander in Kontakt bzw. sie beobachten was die anderen Nutzer veröffentlichen und haben die Möglichkeit darauf zu reagieren. In der Regel werden diese Beiträge mit Schlagworten, den sog. Hashtags, versehen. Diese zeichnen sich durch ein vor den Begriff gestelltes Doppelkreuz (#) aus und ermöglichen anderen Nutzer Beiträge unter dem entsprechendem Schlagwort zu finden (O'REILLY u. MILSTEIN 2013: 49).

Durch die Funktion des Hashtags können Menschen in der ganzen Welt bestimmte Ereignisse in Echtzeit wiedergeben, wodurch Twitter in Notfällen wie z.B. dem Erdbeben in Japan oder den Terroranschlägen in Mumbai als Hauptnachrichtenquelle fungieren kann (O'REILLY u. MILSTEIN 2013: 21).

3. Methodische Vorgehensweise

Ein Ziel dieser Forschungsarbeit ist es einen Eindruck über die Vorgehensweise und das Verhalten der Bürgerinitiative im Kontext der Planungen um das Viktoriaviertel seitens der Politik und Stadtverwaltung zu erlangen. Dazu wurden die qualitativen Methoden des Experteninterviews und der Beobachtung gewählt. Die Beobachtung wurde einmalig während der Demonstration und anschließenden Sondersitzung des Stadtrates am 30.11.2015 eingesetzt. Des Weiteren wurden insgesamt sieben Experten in sechs Interviews befragt (s. Abschnitt 3.2).

3.1 Die Beobachtung

Bei der Beobachtung als Erhebungsmethode wird auf das menschliche Handeln geachtet. Darunter fallen sprachliche Äußerungen, nonverbale Reaktionen oder auch andere soziale Merkmale wie bspw. Kleidung oder Gebräuche (DIEKMANN 2009: 548).

Dabei begibt sich der Beobachter mit Hilfe seiner Sinne ins Untersuchungsfeld um dort Daten zu erheben. Wissenschaftliche Beobachtungen unterscheiden sich von alltäglichen Beobachtungen darin, dass sie nicht zufällig geschehen, sondern auf eine Forschungsfrage ausgerichtet sind, die das „Wie?“ oder das „Was geschieht hier?“ beantworten soll. Diese Forschungsmethode ist grundsätzlich universell einsetzbar, wird allerdings in fünf Dimensionen unterteilt, welche je nach Forschungskontext unterschiedlich angewandt werden. Die Beobachtungen werden unterschieden in:

- Verdeckte oder offene Beobachtungen
- Teilnehmende (aktive) oder nicht-teilnehmende (passive) Beobachtung
- Systematische (stark strukturiert) oder unsystematische (schwach strukturierte) Beobachtung
- Feldbeobachtung (natürlich) oder Beobachtung im Labor (künstlich)
- Selbstbeobachtung oder Fremdbeobachtung (vgl. THIERBACH u. PETSCHICK 2014: 855f; DIEKMANN 2009: 564f)

Bei der für diese Arbeit durchgeführten Beobachtung am 30.11.2015 handelt es sich um eine Fremdbeobachtung, die im Untersuchungsfeld durchgeführt wurde. Dabei wurde der Fokus auf die passive Beobachtung des Geschehens und die Handlungen der Teilnehmer gelegt. Somit fand keine aktive Teilnahme statt, da keine definierte Rolle im Feld eingenommen und auch nicht an stattfindenden Interaktionen teilgenommen wurde. Dies erfolgte sowohl verdeckt als auch unsystematisch mit dem Ziel das breite Spektrum an Äußerungsmöglichkeiten zu erfassen.

Durch die Verwendung der verdeckt nicht-teilnehmenden Beobachtung ergibt sich der Vorteil, dass die Handlungen und Aussagen der Beobachteten natürlich sind und nicht durch den Beobachtungsvorgang beeinflusst werden (vgl. THIERBACH u. PETSCHICK 2014: 855f; DIEKMANN 2009: 564f).

In der Forschung wird darüber diskutiert, ob eine verdeckte Beobachtung unethisch sei. Dies ist hier aber nicht der Fall, denn es wurde den beobachteten Personen kein Schaden zugefügt und zudem blieb deren Privatsphäre unberührt. Es wurde lediglich notiert was und wie sich geäußert wurde (vgl. THIERBACH u. PETSCHICK 2014: 855f; DIEKMANN 2009: 564f).

Während der Beobachtung wurde als Hilfsmittel eine Audioaufnahme angefertigt, um die notierten Beobachtungen in Zusammenhang mit den Geschehnissen während der Stadtratssitzung zu bringen. Später wurde dazu ein Gedächtnisprotokoll angefertigt. Dieses befindet sich mit der Audioaufnahme im elektronischen Anhang dieser Arbeit.

3.2 Das leitfadengestützte Experteninterview

Die aus der empirischen Sozialforschung stammende qualitative Methode des Experteninterviews bietet ein hohes Maß an Offenheit und Flexibilität, was für freies Antworten der befragten Personen von Vorteil ist. Den Analysegegenstand bildet dabei weniger der Befragte als Person, sondern vielmehr das exklusive Wissen und Erfahrungen des Experten, die als Funktionsträger innerhalb eines organisatorischen oder institutionellen Kontextes, gewonnen wurden (MEUSER u. NAGEL 1991: 444).

Es wurde ein Leitfaden mit Fragen erstellt, der als Grundlage der Experteninterviews diente. Mit dem Interviewleitfaden konnte sichergestellt werden, dass alle untersuchungsrelevanten Aspekte während der Interviews angesprochen wurden (GLÄSER u. LAUDEL 2006: 139). Weiterhin diente er der Sicherung der thematischen Vergleichbarkeit der Expertenaussagen (vgl. MEUSER & NAGEL 1991: 451).

Der Interviewleitfaden wurde in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt bezog sich auf die Planungen um das Viktoriaviertel, während im zweiten Abschnitt nach E-Partizipation und der BI gefragt wurde. Um einer möglichst natürlichen Gesprächssituation nahe zu kommen wurden die Fragen weitgehend offen gestellt sowie bei Bedarf vom Leitfaden abgewichen, um flexibel auf Aussagen reagieren zu können (GLÄSER u. LAUDEL 2006; LAMNEK 2010: 316ff). Die Grundstruktur des Leitfadens wurde bei allen Interviews beibehalten, jedoch stellenweise an die einzelnen Experten angepasst. Alle Interviews wurden persönlich durchgeführt, mit einem Diktiergerät aufgenommen und im Anschluss transkribiert. Dabei wurden keine grammatikalischen Verbesserungen oder sonstige Veränderungen vorgenommen.

Einen Überblick über die durchgeführten Interviews bietet die folgende Tabelle. Die Interviewleitfäden, Aufnahmen und Transkripte sind dem elektronischen Anhang dieser Arbeit beigelegt.

Tab. 1: Übersicht der Interviewpartner (Quelle: Eigene Darstellung)

Interview partner	Name	Funktion	Datum und Ort
IP1	Frau Victoria Appelbe	Leiterin des Amts für Wirtschaftsförderung in Bonn	06.01.2016 15:00 Uhr Stadthaus (Berliner Platz 2, 53111 Bonn)
IP2	Herr Hartwig Lohmeyer	Stadtverordneter und planungspolitischer Sprecher der Grünen	07.01.2016 15:00 Uhr Altes Rathaus (Markt 2, 53111 Bonn)
IP3	Frau Marion Stock	Mitarbeiterin der Stiftung Mitarbeit	15.01.2016 10:30 Uhr Bundesgeschäftsstelle
IP4	Herr Ulrich Rüttgers	Mitarbeiter der Stiftung Mitarbeit	Stiftung Mitarbeit (Ellerstraße 67, 53119 Bonn)
IP5	Herr Bernd Eder	Mitgründer der Bürgerinitiative <i>Viva-Viktoria!</i>	15.01.2016 16:30 Uhr Büro Global Policy Forum (Königstraße 37a, 53115 Bonn)
IP6	Herr Bert Justus Moll	Stadtverordneter der CDU und stellvertretender Vorsitzender des Planungsausschusses	18.01.2016 16:30 Uhr Altes Rathaus (Markt 2, 53111 Bonn)
IP7	Herr Dirk Lahmann	Bürgerbeteiligungsbeauftragter der Stadt Bonn	02.02.2016 15:00 Uhr Altes Rathaus (Markt 2, 53111 Bonn)

4. Darlegung der Untersuchungsergebnisse

Im diesem Abschnitt werden zunächst die Onlinepräsenzen und Expertenaussagen untersucht, um anschließend am Ende der vorliegenden Arbeit eine Antwort auf die eingangs gestellte Forschungsfrage geben zu können.

4.1 Untersuchung der Onlinepräsenzen der Bürgerinitiative

4.1.1 Facebookgruppe „Viva Viktoria! Für ein lebendiges Viktoriaviertel“³

Zunächst soll die Facebookgruppe „Viva Viktoria! Für ein lebendiges Viktoriaviertel“ betrachtet werden. Die Gruppe wurde am 21.07.2015 durch den User David Schumacher erstellt und soll „der Ort zum Austausch über die Zukunft des Bonner Viktoriaviertels“ sein, wie es in der Gruppenbeschreibung formuliert wird. Der Ratsbeschluss war am 18.06. und die Einreichung des Bürgerbegehrens am 15.07. Vergleicht man die Gruppe mit den von KLEMME (2011: 1) genannten Beispiele zu Stuttgart 21, so fällt zunächst im Titel auf, dass es sich nicht um eine klassische pro oder contra Seite handelt, da sie, wie die genannte Beispiele, kein *für* oder *gegen* eine bestimmte Sache im Titel tagen. So heißen die Gruppen auf die sich KLEMME bezieht „Kein Stuttgart 21“, „Stuttgart 21 – nein Danke“, „Stuttgart 21 – ja bitte“ oder „Für Stuttgart 21“. So enthält der Gruppentitel der BI bspw. keine direkte Ablehnung einer Shopping-Mall, sondern versteht sich als Plattform zum diskutieren und Ideen sammeln. Allerdings hatten die Gruppenmitglieder in der Mehrheit schon ein Meinungsbild, das sich gegen die geplante Shopping-Mall richtete (IP5: 8).

Wirft man einen Blick auf die Personen, die innerhalb der Gruppe Beiträge und Kommentare verfassen, fällt auf, dass Gruppengründer David Schumacher und Bernd Eder (IP5) die aktivsten User sind. Beide haben sich nach IP5 (S. 8) die Arbeit so aufgeteilt, dass Schumacher die Diskussionsgruppe betreut und Eder die eigenständige Facebookseite, sowie die Webseite des Vereins. User Nikolas Müller steuert viele Fotos von Veranstaltungen der BI bei und zu Anfang trug Eva-Lotte Hill eine Art Serie unter dem Titel „Gesichter des Viertels“ bei. Dort stellt sie in kurzen Beiträgen Bewohner des Viertels vor. Weitere aktive User sind Robert Janßen, Nil Altgeld und Christian Szyska. Insgesamt hat die Gruppe 2.304 Mitglieder (Stand: 14.01.2016). Nach KLEMME (2011: 2) ist der Aufbau und Inhalt solcher Gruppen immer gleich. Es wird auf Veranstaltungen hingewiesen, Presseberichte beige-steuert, auf weiterführende Links verwiesen und über fachliche Fragen des Themas diskutiert. Dabei variiert die Qualität der Äußerungen von Beleidigungen zu sehr sachlichen Beiträgen stark. Das betrifft ebenfalls die Quellen, auf die

3 Abrufbar unter: <https://www.facebook.com/groups/viktoriakarree/> (letzter Abruf: 22.03.2016)

sich die User beziehen. Zusätzlich werden auch Beiträge verfasst, die nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun haben.

Das trifft auch auf die Gruppe der BI zu. In Bezug auf Presseberichte werden v.a. Artikel des General-Anzeigers und anderen Zeitungen aus dem Rheinland geteilt. Ebenso Berichte der lokalen Nachrichtensendung „Lokalzeit“ des Senders WDR. Gruppenmitglieder werben für Petitionen und andere Projekte in Bonn und Umgebung, die nicht im Zusammenhang mit dem Viktoriaviertel stehen. Beleidigungen oder rohe Sprache fallen nicht auf. Dafür ist einigen Beiträgen und Kommentaren ein deutlich ironischer Unterton anzumerken. Meistens im Zusammenhang mit geteilten Berichten, in denen sich Politiker oder Andere kritisch gegenüber der BI äußern. IP5 fasst die Kommentare so zusammen, dass sie in der Regel den vorausgegangenen Beitrag bestätigten. Da die Gruppenmitglieder „schon alle einer Meinung waren“, die so aussieht, dass sie „die auch alle doof“ finden (IP5: 8). Eine richtige Diskussion hat sich jedoch erst nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren entwickelt. Ab da hätten sich auch Befürworter auf der Facebookseite des Vereins geäußert, wobei diese auch keinen respektvollen Ton gehabt haben. Ein Userkommentar war so unangebracht, dass er von IP5 gesperrt wurde (IP5: 8).

4.1.2 Facebookseite der Bürgerinitiative⁴

Die Facebookseite der Bürgerinitiative wird von IP5 betrieben (IP5: 8). 527 Personen drückten bis zum 14.01.2016 auf den „Gefällt mir“-Knopf. In regelmäßigen Abständen werden auch hier Presseberichte, Fotos usw. geteilt oder auf Veranstaltungen hingewiesen. Als oberster Beitrag ist ein Link auf die Diskussionsgruppe festgelegt und vom Seitenbetreiber wurde auch auf die Gruppe hingewiesen (IP5: 8). Beiträge können auch hier kommentiert werden, was im Vergleich zur Diskussionsgruppe allerdings viel weniger geschieht.

4.1.3 Twitteraccount der Bürgerinitiative⁵

Von IP5 wird für die Bürgerinitiative ebenfalls ein Twitteraccount betrieben. Dieser ist aber weniger aktiv. Seit der Ratssitzung von 30.11.2015 sind keine Tweets und Retweets mehr erschienen. Der letzte Tweet der BI selbst datiert vom 20.10.2015. Die geringe Aktivität begründet IP5 damit, dass er Twitter als aktuellen Nachrichtendienst sieht und die BI wenige entsprechende Inhalte bereitstellen kann. Er gibt auch zu zu langsam gewesen zu sein. Als Beispiel nennt IP5, dass er am Tag nach der Ratssitzung das Ergebnis als Tweet veröffentlichen

4 Abrufbar unter: <https://www.facebook.com/viva.viktoria.bonn/?fref=ts> (letzter Abruf: 22.03.2016)

5 Abrufbar unter: https://twitter.com/_vivaviktoria (letzter Abruf: 22.03.2016)

wollte, dies aber schon andere User vor ihm getan hätten und er so keine Notwendigkeit mehr darin sah. Dies hatte letztendlich zur Folge, dass ihm „die Puste ausgegangen“ sei (IP5: 8f). Unter dem Hashtag #vivaviktoria finden sich bis zum 03.02.2016 insgesamt 37 Beiträge.

4.1.4 Webseite der Bürgerinitiative⁶

Die Startseite führt die Punkte „Aktuelles“, „Wir über uns“, „Termine“, „Im Netz“ und „Kontakt“. Unter „Wir über uns“ stellt die BI sich und ihre Interessen unter weiteren Untermenüpunkten vor. Die Punkte „Aktuelles“ und „Im Netz“ sind zusammengefasst vergleichbar mit der Facebookgruppe und -seite. Es werden (Presse-)Texte veröffentlicht oder auf Termine hingewiesen. Hier können jedoch keine Kommentare verfasst werden, da es sich hierbei um eine Anwendung des sog. Web 1.0 handelt, die keine „interaktiven und kollaborativen Elemente“ (KLEMM 2011: 1) beinhaltet. Unter „Kontakt“ hat man die Möglichkeit über ein vorgefertigtes Kontaktformular eine E-Mail an die BI zu schreiben. Unter „Termine“ finden sich allerdings keine Veranstaltungen.

Außerdem findet man Angaben zur Bankverbindung eines Spendenkontos.

4.1.5 Einschätzung der Interviewpartner über die Onlinepräsenzen der Bürgerinitiative

Im Zuge der Experteninterviews wurden die Interviewpartner u.a. dazu befragt, ob sie einen Überblick über die Onlineaktivitäten der BI haben und wie sie diese einschätzen. Dazu soll hier erwähnt werden, dass sich IP3 und IP4 nicht zu den aktuellen Geschehnissen ums Viktoriakarree äußern wollten.

IP1 war zu Beginn der Aktivitäten im Urlaub und hat sich währenddessen in der Rolle des Bürgers dafür interessiert. Danach haben IP1 und Mitarbeiter den Newsletter der BI abonniert und verfolgten aufmerksam die aktuellen Meldungen (IP1: 7).

IP2 hat sich hauptsächlich über die Webseite und den Twitteraccount informiert. Wenn dort über Links auf die Facebookgruppe verwiesen wurde hat er sich dort ebenfalls informiert. Dies war allerdings nur über Umwege möglich, da er seinen persönlichen Facebookaccount zuvor deaktiviert hatte und so auch kein Mitglied der Gruppe werden konnte (IP2: 14).

IP7 schaut „da öfter mal rein“ (IP7: 9). IP2 und IP7 attestieren der BI ein hohes Maß an Professionalität in Bezug auf die Internetpräsenzen und die Kampagne im Allgemeinen. IP7 befindet, dass die Webseite sehr aufwendig ist und bemängelt an anderen Bürgerinitiativen, dass diese immer sehr „hausgemacht“ und „handgestrickt“ vorgehen würden (IP2: 14; IP7: 9). Des

⁶ Abrufbar unter: <https://www.viva-viktoria.de/> (letzter Abruf: 22.03.2016)

Weiteren vermutet er, „dass da [ei]ne [...] wirtschaftliche Macht dahinter steckt, weil so [ei]ne normale Initiative [...] sich so was nicht leisten“ (IP7: 14) kann. Aus dem Gespräch mit IP5 ging hervor, dass er „selbst Social Media Manager“ (IP 5: 8) ist und „seit 20 Jahren Internet“ (IP5: 10) macht. Aus seiner Berufserfahrung ergab sich dann die Aufgabenteilung innerhalb der BI so, dass er für alles was im Zusammenhang mit Internet steht zuständig ist (vgl. IP5: 1; IP5: 3). So kann die Vermutung von IP7 entkräftet werden.

IP6 ist der einzige Interviewte der sich keinen Überblick über die Onlineaktivitäten der BI verschaff hat, wozu er auch keinen Grund sah. Obwohl er selbst im Internet und auch bei Facebook sehr aktiv ist (IP6: 6). Man erkennt einen Interessenunterschied zwischen beiden befragten Politikern (IP2 u. IP6).

4.2 Organisation und Kommunikation der Befürworter einer Shopping-Mall

Im Zuge der Arbeit sollte weiter erforscht werden, ob sich Personen in vergleichbarer Weise für die Entstehung einer Shopping-Mall einsetzen.



Abbildung 4: Einseitige Anzeige im General-Anzeiger vom 28.11.2015 (Quelle: Kommentar von User Tobi Mandt innerhalb der Facebookgruppe)

Für die Entstehung einer Shopping-Mall nach dem Vorbild der Signa haben sich die Einrichtungen City Marketing Bonn e.V., IHK und der Einzelhandelsverband Bonn-Rhein-Sieg Euskirchen eingesetzt. Deren Einsatz ist aber nicht mit dem von *Viva Viktoria!* vergleichbar. So verweist IP5 auf eine Kommunikation, die hauptsächlich über die Zeitung lief. Dabei gilt es die einseitige Werbeanzeige hervorzuheben, die wenige Tage vor der Ratsentscheidung im General-Anzeiger abgedruckt wurde und u.a. von den drei Einrichtungen unterzeichnet war (s. Abb. 4). In der Facebookgruppe kam die Frage nach den Kosten einer solchen Anzeige auf. IP5 erklärt dazu, dass die BI so etwas finanziell nicht stemmen kann. IP2 merkt an, dass das Engagement der BI seitens der Befürworter, Stadtverwaltung und Investor unterschätzt wurde. IP1 vermutet, dass sich andere Akteure wie die Universität oder einzelne Geschäfte aus Neutralitätsgründen nicht zur Auseinandersetzung geäußert haben (IP1: 9; IP2: 14; IP5: 9).

4.3 Bedeutung des Internets zur Mobilisierung

Traditionelle Medien wie Rundfunk und Zeitung haben im heutigen Nachrichtenangebot immer noch eine wichtige Rolle. Eine Monopolstellung als Vermittler zwischen Politikern und Bürgern besitzen sie aber nicht mehr. Die öffentliche Gesellschaft bewegt sich fortlaufend in digitalen Kreisen, so dass soziale Netzwerke die bestehenden politischen und zivilgesellschaftlichen Handlungsformen erweitern. Medien spielen eine wichtige Rolle zur Vermittlung von politischen Inhalten und ihre Freiheit ist ein Grundbaustein demokratischer Staaten, was auch für Partizipation gilt. Die Möglichkeit sich über klassische Medien zu beteiligen ist allerdings gering. So spielen bspw. Leserbriefe im Zusammenhang mit Partizipation oder Mobilisierung nur eine sehr kleine Rolle. Im Vergleich bieten digitale Medien dazu mehr Möglichkeiten. So kann man über E-Mails direkt mit Politikern in Kontakt treten, Online-Petitionen starten oder in Foren über politische Inhalte diskutieren. Die neuen Plattformen ermöglichen flexiblere Organisation politischer Kampagnen, direktere Kommunikation oder eine verbesserte Vernetzung gemeinsamen Handelns (THIMM u. BÜRGER 2013: 288f).

Das Internet stellt soziotechnische Tools bereit, die es ermöglichen alternative Meinungen zu verbreiten oder Protestnetzwerke aufzubauen und für Proteste aufzurufen (BARINGHORST 2009: 630). Dabei sind v.a. Twitter und Facebook hervorzuheben, da sie die Reichweite der Kommunikation einer Gruppe erhöhen und dadurch die Bildung einer Gemeinschaft erleichtern (HASEBRINK u. DOMEYER 2010: 55).

Für Protestgruppen hat die Verbreitung ihrer Anliegen über Massenmedien den Vorteil, dass sie viele Menschen erreichen. Gleichzeitig filtern und kommentieren diese anhand ihrer Standpunkte aber auch die Mitteilungen der Gruppe. Das Internet bietet Protestgruppen eine alternative und einfachere Möglichkeit ungefiltert ihre Botschaften zu verbreiten und zu mobilisieren. Weitere Vorteile sind die geringen Nutzungskosten, vereinfachte Arbeitsabläufe und eine Fülle von Möglichkeiten seine Informationen zu präsentieren (RUCHT 2014: 116f).

Bei der Online-Mobilisierung werden drei Arten unterschieden. Es gibt Aktionen, die sich nur im Internet abspielen. Wozu bspw. Hackerangriffe zählen oder auch Petitionen und Proteste, die offline aufgrund staatlicher Repressionen gar nicht erst möglich sind. Dazu kommen noch Online-Proteste bei denen parallel zu den herkömmlichen Informationswegen online eine Vorbereitung, Unterstützung oder Begleitung verläuft. Es kann auch eine von Anfang an aufeinander abgestimmte und integrierte Mischung von Online- und Offlineaktivitäten erfolgen. Die Kombination wird verstärkt durch Hinweise konventioneller Medien wie Plakate, Flugblätter oder Zeitungen auf weiterführende Netzinhalte und Verweisen im Internet und Social Media auf Zeitungsartikel oder Rundfunkberichte (RUCHT 2014: 120f).

4.3.1 Die Bedeutung des Internets für *Viva Viktoria!*

Den Auslöser für die Aktivitäten der Bürgerinitiative sieht IP5 in der Arbeit der klassischen Medien. In diesem Fall die des General-Anzeigers, der bedeutendsten Tageszeitung in Bonn. Mitarbeiter der Zeitung interviewten nach dem Ratsbeschluss vom 18.06.2015 Bewohner des Viertels zur Entscheidung der Stadt. Dadurch seien die Inhaber des Fahrradladens „Klingeling“ (Johannes Roth), „Bergfeld's Biomarkt“ (Axel Bergfeld), „Café Blau“ (Ludwig Eick) und des Antiquitätenladens (Marcos Rivera y Mirkes) in engeren Kontakt gekommen. Er vermutet, dass sie sich durch die Nachbarschaft bereits gegenseitig gekannt haben, aber nicht näher in Kontakt standen oder vernetzt waren. Aufgrund der Ratsentscheidung und den damit entstandenen Interviews des General-Anzeigers hätten diese sich zusammengesetzt und beratschlagt, wie sie gegen die Entscheidung vorgehen können und der Zeitung mitgeteilt, dass sie etwas dagegen unternehmen wollen. Nachdem der Artikel erschienen ist hing Bergfeld ihn als eine Art Plakat in seinem Geschäft auf, was wiederum zur Folge hatte, dass die Ehefrau von IP5 darauf aufmerksam wurde und schließlich IP5 aktivierte sich mit Bergfeld in Verbindung zu setzen. Daraufhin suchte IP5 den Kontakt zu Bergfeld und in einem Gespräch entwickelten sie dann Pläne zum weiteren Vorgehen. IP5 bot an sich um entsprechende Internetauftritte zu kümmern. Rivera y Mirkes zog sich etwas zurück, während durch Bergfeld, Eick und Roth das Bürgerbegehren initiiert wurde. Bergfeld gründete zudem mit IP5 den Verein „Viva Viktoria e.V.“ um für das weitere Vorgehen finanzielle Mittel beschaffen zu können (IP5: 3f). Zusätzlich traf man sich mit einer BI aus Köln-Ehrenfeld um Ideen zu sammeln, da diese ebenfalls mit der Planung einer Shopping-Mall auf einem ehemaligen Industriegelände konfrontiert war und diese schließlich zunächst verhinderte (IP5: 8; vgl. BÜRGERINITIATIVE HELIOS o.J.).

Die Internetpräsenzen von *Viva Viktoria!*, sowohl im Web als auch auf Facebook, waren für diese v.a. anfangs von großer Bedeutung. So verzeichnete die Facebookgruppe rasch mehr als 1000 Mitglieder. Das bestätigt zwar die gute Erreichbarkeit der Öffentlichkeit durch Facebook, die Erwartung, dass auch viele Menschen zu den angekündigten Demonstrationen kommen, wurde jedoch nicht erfüllt. Aufgrund der Resonanz, die man online erhalten hatte, erhoffte man sich, dass diese sich auch als Protest auf der Straße widerspiegelt. Letztendlich waren es nur etwa zehn Personen (IP5: 7). Der rasche Anstieg an Gruppenmitgliedern geht darauf zurück, dass bei ihnen schon eine Konsensmobilisierung stattgefunden hat und die Mitglieder der gleichen Meinung waren (vgl. RUCHT 2014: 116; vgl. IP5: 8). Dazu muss die Struktur der Anhängerschaft differenziert werden. So unterscheidet RUCHT (1994: 85ff) in Bewegungseliten, Basisaktivisten, Unterstützer und Sympathisanten. Offenbar liegt innerhalb der Facebookgruppe ein hoher Anteil an Sympathisanten vor, die das Anliegen befürworten, jedoch nur einen minimalen Beitrag leisten. Unterstützer hingegen bringen zeitliche oder finanzielle Ressourcen für die BI auf. Basisaktivisten engagieren sich sehr stark und investieren viel Zeit und Geld.

Das trifft z.B. auf IP5 zu, während Bergfeld und Eick als Repräsentanten der Gruppe Schlüsselfiguren darstellen.

Grundsätzlich findet IP5 aber, dass ihre Anliegen sich ohne Internet und Social Media nie so schnell verbreitet hätten und stellt heraus, dass es für sie und allgemein sehr wichtig ist und ein enormes Potential dahinter steckt. Gleichzeitig weist er aber darauf hin, dass die Betreuung einer politischen Webseite, Facebookseite und -gruppe mit sehr viel Arbeit verbunden ist (IP5: 7f). Außerdem betont IP5 die Wichtigkeit von klassischen Medien und sagt, dass viele Informationen auch über den General-Anzeiger verbreitet wurden (IP5: 9).

4.4 Soziale Bewegungen und Protest

Um die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* und deren Standpunkt einzuordnen, bedarf es einer kurzen Erläuterung über die Kennzeichen und Akteure von Protesten.

Politischer Protest und die dazugehörige Organisation steht in einem starken Zusammenhang zu dem Phänomen der sozialen Bewegungen (KNEUER u. RICHTER 2015: 35). Der Begriff Protest ist nicht eindeutig definiert. Man kann ihn als ein kollektives Handeln beschreiben, das auf dramatisierte Art eine Unzufriedenheit gegenüber herrschenden Zuständen äußert. Adressaten sind meistens ökonomische und politische Eliten und das von ihnen repräsentierte Herrschaftsgefüge. Dazu werden dem Kontext entsprechende konkrete Forderungen geäußert (NOLTE 2013: 586f).

Unter sozialen Bewegungen werden im Allgemeinen vernetzte Gruppen und Organisationen verstanden, die mit einer gemeinsamen Identität als Grundlage sozialen Wandel herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen. Sie entwickeln neue Werte und Ziele zur Veränderung gesellschaftlicher Institutionen. Dazu zählen z.B. Bürgerinitiativen (ROTH u. RUCHT 2008: 13; CASTELLS 2012: 9). Nach VAN SETERS u. JAMES (2014: xi) zeichnen diese sich durch vier Merkmale aus. Eine gemeinsame Identität, die Entwicklung einer gemeinsamen normativen Orientierung, ein gemeinsames Ziel (den Status quo zu verändern) und Momente gemeinsamer Aktionen, die das Wandlungsanliegen ausdrücken.

Ein Großteil der sozialen Bewegungen sind als links-progressiv einzustufen, wobei die politische Richtung grundsätzlich offen ist. So existieren bspw. auch rechts-konservative Bewegungen (KNEUER u. RICHTER 2015: 39).

Die Verbindung zwischen Protest und sozialen Bewegungen wird in der Literatur jedoch nicht von allen getragen. So kritisiert VIRGL (2011: 22) eine zu starke Verflechtung beider Ansatzpunkte. Nach seiner Auffassung ist Protest die Kommunikation von Widersprüchen und Konflikten. Aus Widerspruch entstehen Konflikte und daraus resultieren Proteste (VIRGL 2011: 73ff).

Protestaktionen gehören neben Demonstrationen und Pressemitteilungen zum Repertoire sozialer Bewegungen und kennzeichnen diese als solche (HERKENRATH 2011: 26). Daneben gilt es die Kommunikation des Protestes gesondert zu betrachten, denn darüber werden Informationen über den Inhalt der Proteste transportiert und Gleichgesinnte mobilisiert. Die Kommunikation kann einerseits indirekt über Medien geschehen, andererseits aber auch auf direktem Wege durch Personen innerhalb der Bewegung. In der Vergangenheit war die Berichterstattung der Massenmedien über die Bewegungen für diese von großer Bedeutung, da so ihre Anliegen in die Öffentlichkeit transportiert wurden und so die Bewegung letztendlich erst stattfand (KNEUER u. RICHTER 2015: 37f).

Die bereits erwähnte kollektive Identität gilt in der sozialwissenschaftlichen Forschung neben der Verbreitung von Symbolen als bedeutendstes Merkmal von Protestbewegungen (KNEUER u. RICHTER 2015: 39). Das sog. „Wir-Gefühl“ entsteht wenn eine Gruppe von mindestens zwei Personen um ihre Zusammengehörigkeit weiß, dieses Gemeinschaftsgefühl nach außen vermittelt und von ihrer Umwelt als Gemeinschaft wahrgenommen wird (RUCHT 1995: 10). MELUCCI (1995: 44) stellt die kollektive Identität als Prozess innerhalb der Gruppe dar, der sich über gemeinsame Aktivitäten, Rituale oder Sprache hervortut. Dieses Gefühl wird durch Organisationen gefestigt und durch die Verwendung von Symbolen sowohl nach außen, als auch nach innen transportiert (RUCHT 1995: 10). Symbole werden über Buttons, Aufkleber oder über einen gewissen Kleidungsstil nach außen getragen. Aktionsformen wie Menschenketten, Fastenaktionen oder Blockaden können ebenfalls zu Symbolen werden (KNEUER u. RICHTER 2015: 40).

4.4.1 Einordnung von *Viva Viktoria!* als Protestbewegung

Durch die vorangegangenen Erklärungen lässt sich *Viva Viktoria!* als Protestbewegung einordnen, was nun erläutert werden soll.

Die Bürgerinitiative hatte das Ziel eine politische Entscheidung rückgängig zu machen und wurde aus diesem Grund ins Leben gerufen.

Der Protest richtete sich gegen eine politische Elite, in diesem Fall den Stadtrat und seine Entscheidung. Aus diesem Grund wurde das Bürgerbegehren gestartet. Die Verantwortlichen sahen sich aufgrund fehlender Bürgerbeteiligung nicht informiert (IP5: 1). IP1 widerspricht den Aussagen der BI, die auch in der Presse getätigt wurden und weist darauf hin, dass es zwei Bürgerinformationsveranstaltungen über die feststehenden Planungen gegeben hat (IP1: 2f). Gleichzeitig sieht IP1 die Organisation des Projekts selbstkritisch und räumt ein, dass früher der Dialog mit der Bevölkerung hätte gesucht werden müssen. Damit man nicht „so lange in ein[e] bestimmte Richtung reitet und schließlich dann diese Richtung in der Bevölkerung auf

Widerstand stößt“ (IP1: 10). Auch IP7 befindet, dass man innerhalb der Stadtverwaltung „nicht sensibel genug darauf reagiert [hat], dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem was da geplant ist nicht einverstanden sind“ (IP7: 5). Den fehlenden Dialog sieht IP1 auch während der Aktivitäten der Bürgerinitiative und dem laufenden Bürgerbegehren, da die Stadtverwaltung „sich da so ausgeschwiegen hat zu dem Projekt“ (IP1: 10).

IP1, IP2, IP6 und IP7 weisen auf die unterschiedlichen Gesetzeslagen hin. So kam es zu keiner formellen Bürgerbeteiligung wie in Kapitel 2.1.1 beschrieben, da man sich nicht in einem Bebauungsplanverfahren befand (IP1: 3; IP2: 8ff; IP6: 2f; IP7: 5). IP6 beschreibt die Entwicklung so, dass in diesem Fall die Veräußerung der städtischen Grundstücke an einen Investor im Zuge des Vergabeverfahrens dem Bebauungsplanverfahren vorgeschaltet wurde, was nicht unzulässig sei. Des Weiteren sieht das öffentliche Vergaberecht keine Bürgerbeteiligung vor. Die Bürgerbeteiligung wäre nach dem gesetzlichen Rahmen des Baugesetzbuches, in einem sich dem Vertragsabschluss des Vergabeverfahrens anschließenden Bebauungsplanverfahren, erfolgt (IP6: 2f). IP2 fragt warum keine freiwillige Bürgerbeteiligung angeregt wurde, wie es im Zusammenhang mit Großprojekten in Städten mittlerweile vermehrt durchgeführt wird. So hätte man ein städtebauliches Konzept entwickeln können, was durch öffentliche Diskussion und Ideen aus der Bevölkerung verbessert worden wäre. So bestünde die Möglichkeit dieses Konzept als Grundlage für einen Wettbewerb unter Architekten oder Investoren vorzuschlagen (IP2: 8ff).

Durch eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger hätten zum einen die Widerstände aus der Bevölkerung, wie sie IP1 und IP2 beschreiben, verringert werden können. Zum anderen wären die gesammelten Ideen ein Hinweis für den Investor Signa seine Pläne so anzupassen, dass sie eine höhere Akzeptanz in der Öffentlichkeit bekommen (IP1: 10; IP2: 10).

Dazu muss angemerkt werden, dass die Anwendung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung erst verabschiedet wurden, als die Planungen um das Viertel schon liefen (IP3: 15).

Der Protest richtete sich ebenso gegen eine wirtschaftliche Elite in Form des Investors Signa. IP1 findet, dass durch die Rhetorik der BI ein Feindbild im österreichischen Investor gezeichnet wird (IP1: 8). Auch in der Facebookgruppe finden sich Kommentare, die die Signa und ihren Gründer René Benko in ein schlechtes Licht rücken. Als Beispiele dienen folgende Zitate: „Überlasst Benko und Konsorten nicht das Feld!“ oder „Die Signa war auch damals offenbar schon nicht sonderlich an Transparenz und offenem Dialog interessiert“. Außerdem sieht ihn ein User auch als „Immobilienpekulanten“ oder es werden Presseberichte geteilt, die undurchsichtige Geschäfte seiner Firma und eine gerichtliche Verurteilung behandeln. So wurde auch am 30.11.2015 auf der Demonstration im Vorfeld der Ratssitzung „Benko? Benko? Benko? - Raus! Raus! Raus!“ skandiert (s. Gedächtnisprotokoll). IP5 begründet die Ablehnung der Signa damit, dass diese nichts mit der Stadt Bonn verbindet und nur gewinnmaximierende Interessen verfolgt. Gleichzeitig beklagt er die fehlende Einbindung der Bürger an der

Ideensammlung für eine alternative Gestaltung des Areals, wie sie auch von IP2 geäußert wurde. IP5 bezeichnet Investor und die Verantwortlichen der Stadt als „ihr Großen da oben“ (IP5: 4).

Auch Politikern, die sich nicht dem Bürgerbegehren anschließen wollten sind bei der BI nicht sonderlich beliebt. Dies zeigte sich u.a. bei der Ratssitzung durch Gelächter und höhnischen Applaus während ihrer Redebeiträge. Ein umgekehrtes Bild zeigte sich bei Abgeordneten wie Michael Faber (Die Linke) oder Hartwig Lohmeyer (Die Grünen), welche dem Bürgerbegehren beitreten wollten (s. Gedächtnisprotokoll).

Adressaten und dramatisierte Äußerungen entsprechen den von NOLTE (2013: 586f) aufgeführten Merkmalen von Protest.

Gleichzeitig lässt sich *Viva Viktoria!* als soziale Bewegung kategorisieren. So findet man bei der Bürgerinitiative die erwähnten Merkmale von VAN SETERS u. JAMES (2014: xi). Durch den Zusammenschluss als *Viva Viktoria!* ist die gemeinsame Identität geschaffen worden. Sie hatten zunächst das gemeinsame Ziel die Shopping-Mall zu verhindern, wobei der vorausgegangene Ratsbeschluss zum Verkauf an Signa den Status quo darstellt. Als normative Orientierung gilt das zukünftige Ziel in Zusammenarbeit mit der Stadt das Viertel zu gestalten.

Die kollektive Identität wird wie in 4.4 beschrieben auch nach außen getragen. IP5 erklärt, dass sie bunt wirken wollten und sich schließlich auf die Farben rot und gelb einigten. So riefen sie auch dazu auf zu den Demos in roter und gelber Kleidung zu erscheinen und Bergfeld trägt rote Hemden. Es wurden auch rote und gelbe Luftballons organisiert. Was zunächst nur dazu gedacht war um Bilder für die eigene Webpräsenzen und Presse zu erstellen, entwickelte sich dann im weiteren Fortgang als eine Art Markenzeichen (IP5: 5). Auch die angefertigten Buttons haben den Zweck die Gruppenidentität nach außen zu tragen.

Im Zuge einer Demonstration wurde versucht eine Menschenkette um das Viertel zu bilden. Das Ziel der kompletten Umschließung wurde zwar nicht erreicht, jedoch erhielt die Aktion medialen Zuspruch durch den General-Anzeiger und die „Lokalzeit“. Im Kontakt zu den Massenmedien konnte die BI auf die Erfahrungen von Bergfeld im Zusammenhang mit der Antiatomkraftbewegung zurückgreifen. Diese Erfahrungen waren zur Planung von Aktionen und für Pressemitteilung sehr wichtig für *Viva Viktoria!* (IP5: 4). So kommunizierten sie ihre Anliegen neben ihren eigenen Webpräsenzen auch über den General-Anzeiger, der von IP5 als wichtiges Medium in Bonn gesehen wird (IP5: 9). Bergfeld wird auch häufig in Fernsehinterviews befragt oder seine Aussagen in Artikeln zitiert.

IP5 und Bergfeld bilden den Vorstand des Vereins „Viva Viktoria! e.V.“ (VIVA VIKTORIA 2015k). Des Weiteren können auch gemeinsame Anknüpfungspunkte wie das „Viktorialied“ oder Stammtische in der Kneipe „Zebulon“ die kollektive Identität und das damit einhergehende „Wir-Gefühl“ stärken.

4.5 Ausgangsfrage: Immer nur dagegen?

Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit geht auf den Motivationsgrund der Bürgerinitiative zurück. Es soll herausgefunden werden ob das Engagement nur erfolgt um gegen etwas zu steuern, oder ob die Akteure sich auch für etwas einsetzen oder stehen.

In den vorangegangenen zwei Abschnitten wurden die Kennzeichen von Protestbewegungen dargelegt und die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* als solche kategorisiert.

Die BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.) zerlegt das Wort Bürgerinitiative in seine zwei Bestandteile und erklärt, dass Initiativen eher Reaktiven seien. Da diese auf (kommunal-) politische Entscheidungen reagieren, anstatt, wie es demokratiepolitisch erwünscht ist, die Initiative ergreifen.

GIESA (2011: 120ff) vertritt die Ansicht, dass das Dafür das neue Dagegen sei. Er beschreibt die Zusammenhänge an Beispielen. Wenn man bspw. für mehr Emanzipation ist, sei man auch gleichzeitig gegen Unterdrückung oder Atomkraftgegner befürworten zugleich regenerative Energien. Durch Widerstand und Abgrenzung sei das politische System nicht veränderbar. Deswegen sollten proaktives Engagement und Teilhabe ebenso soziale Bewegungen charakterisieren. Wenn Alternativen gegeben sind, entwickelt sich der Protest der Bürger von contra zu pro. Sind noch keine Alternativen vorhanden, so gilt es diese zu schaffen. Der Bürger dürfe sich nicht auf die Funktion als Korrektiv beschränken lassen.

IP4 ist der gleichen Ansicht und unterstreicht, dass ein Dagegen gleichzeitig auch ein Dafür impliziert. Demnach stehen soziale Bewegungen immer für das Denken in Alternativen. Je nach Hintergrund repräsentieren sie ein anderes Menschenbild, Wirtschaftssystem oder Demokratieverständnis, wenden sich gleichzeitig aber immer gegen etwas. Er weist auf die Geschichte der sozialen Bewegungen hin und führt ähnliche Beispiele wie GIESA (2011) auf (IP4: 12f). Er sieht nicht einen bestimmten Punkt als Auslöser für Engagement, sondern ein insgesamt gesteigertes demokratisches Bewusstsein in der Bevölkerung, das sich durch die Forderung nach Beteiligung zeigt. Demnach wollen die Bürger „nicht mehr nur abnicken [...], was in ihren unmittelbaren Lebensumfeld oder Wohnumfeld passiert“ (IP4: 12).

IP4 verweist aber auch auf ein Beteiligungsparadoxon, was besagt, dass Menschen sich gegen oder für etwas aussprechen und Beteiligung fordern, wenn die zugrundeliegende Entscheidung schon gefallen ist. Dies bezieht sich auf das Sankt-Florians-Prinzip bzw. die aus dem englischsprachigen Raum stammende Entsprechung Nimby („not in my back yard“). In diesem Kontext bedeutet dies, dass die Bürger nur etwas stört, wenn sie selbst davon betroffen sind (IP4: 14). IP6 teilt ebenfalls die Auffassung, dass sich Menschen v.a. gegen etwas einsetzen, wenn sie unmittelbar davon betroffen sind (IP6: 4f).

In Bezug auf *Viva Viktoria!* finden sich hier Übereinstimmungen. So gab es im Vorfeld der Ratsentscheidung zum Verkauf der städtischen Grundstücke kein Engagement innerhalb der

Bürgerschaft, obwohl in der lokalen Presse regelmäßig Berichte publiziert wurden, die das Thema behandeln. IP5 begründet die Inaktivität damit, dass er „dem Viktoriakarree und den Plänen da erst mal keinen großen Wert beigemessen [hat]“ (IP5: 1). Er stützt diese Haltung auf gesammelte Erfahrungen mit anderen Bauprojekten in Bonn, bei denen sich seiner Meinung nach über Jahre auch keine Entwicklung abzeichne. Es stellt sich die Frage, warum IP5 als potentiell betroffener Anwohner nicht früher Initiative oder Interesse gezeigt hat. Hier kann man die Beschreibung der BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.) wieder aufgreifen, wonach Bürgerinitiativen reaktiv sind. Da IP5 den Bericht über den Ratsbeschluss in der Presse als ausschlaggebenden Punkt für die Bestrebungen der Bürgerinitiative sieht (vgl. IP5: 1). IP3 merkt an, dass es in der Regel immer einen konkreten Anlass zum Engagement gibt, der aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten einsetzt. So kann „manchmal [...] eine Sache ungeheuer lange [schwelen] und es gibt dann so einen Punkt wo man sagt okay das war der Anlass, dass sich Menschen dann auch wirklich engagiert haben“ (IP3: 15).

Zur Analyse des Standpunktes der BI selbst soll zunächst einmal ein Blick auf das in der Pressemitteilung unter VIVA VIKTORIA (2015b) veröffentlichte Ziel geworfen werden. Dieses lautet: „Die Initiative „Viva Viktoria!“ wendet sich nun mit einem Bürgerbegehren gegen den geplanten Ausverkauf städtischen Grund und Bodens im Viktoriaviertel an einen auswärtigen Investor. Wir wollen die vollständige Zerstörung des historisch gewachsenen, kleinteilig strukturierten Viertels zwischen Altem Rathaus und Universität in letzter Minute verhindern. Wir wenden uns gegen eine Totalüberbauung des gesamten Viertels und seine radikale Durchkommerzialisierung auf Kosten der jetzigen NutzerInnen wie eines vielfältigen städtischen Lebens im allgemeinen“ (VIVA VIKTORIA 2015b). Dabei fällt zunächst auf, dass sich v.a. gegen etwas ausgesprochen wird. Nur der Aspekt der „vollständigen Zerstörung“ zeigt indirekt, dass sich auch für den Erhalt ausgesprochen wird. Dies entspricht aber nicht dem von GIESA (2011) und IP4 angeführtem Denken in Alternativen. Auch die Formulierung „in letzter Minute“ zeigt, dass man es eigentlich versäumt hat im Vorfeld schon Engagement zu zeigen.

IP5 erklärt aber, dass es durchaus zunächst nur darum ging das Einkaufszentrum zu verhindern. Nachdem die Verhinderung erfolgreich erreicht wurde stellten sich die Beteiligten selbstkritisch die Frage, ob sie damit schon ihr Ziel erreicht haben oder ob und wie sie weiter vorgehen sollen. Was IP5 als „Drücken des Resetknopfes“ bezeichnet (IP5: 5f). IP7 empfindet ein Umschalten von Dagegen auf Dafür ebenfalls als schwierig (IP7: 7). Bei den folgenden Gesprächen innerhalb der BI kam einerseits heraus, dass die Beteiligten unterschiedliche Interessen hatten. Andererseits zeigte sich, dass sie sich für den Prozess einer Stadtentwicklung unter Einbeziehung der Bürger interessieren. Dazu wurde sich auch schon zu Gesprächen mit der Stadtverwaltung getroffen. Dabei kam heraus, dass die Stadtverwaltung eine Umsetzung der Bürgerwerkstatt für den Herbst des Jahres 2016 anvisiert, wobei verschiedene Stadtplaner im

Gespräch mit IP5 das Frühjahr 2017 als realistisches Datum einschätzen. IP5 unterstreicht auch, dass sie nicht gegen die Stadtverwaltung arbeiten wollen, sondern mit ihr zusammen. Da die BI befürchtet, dass das Thema in der Zwischenzeit aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet wurde der Infocontainer aufgestellt. Dieser soll vermitteln „hier wir sind noch da, es gibt uns noch, wir wollen das Viertel entwickeln“ (IP5: 6).

Die beschriebenen unterschiedlichen Vorstellungen innerhalb der BI deuten auch ein Denken in Alternativen an. Auch IP2 äußert sich zu alternativen Nutzungsmöglichkeiten. So stellt er seine Meinung der von IP1 gegenüber, indem er behauptet, dass Bonn gegen andere Städte im Umland bestehen kann, wenn etwas angeboten wird, was es in anderen Städten nicht gibt. Während IP1 die These vertrete, dass die Stadt sich nur durch eine Einzelhandelsausweitung wirtschaftlich gegen andere Städte behaupten kann (IP2: 5f). IP2 spielt auch anhand anderer Beispiele mit Überlegungen zu unterschiedlichsten Nutzungskonzepten und fügt an, dass diese auch durch Bürgerbeteiligung entstehen können (IP2: 15-18). Auch IP5 ist der Ansicht, dass die Innenstadt durch viele andere Möglichkeiten außer einem Einkaufszentrum belebt werden kann und es durch eine Shopping-Mall eher zu einer Ausblutung dieser kommt (IP5: 3ff).

Die Facebookgruppe zeigt allein in ihrem Namen „*Viva Viktoria! Für ein lebendiges Viktoriaviertel*“ schon an, dass für etwas eingetreten wird. Auch die Beschreibung über den Zweck des Austausches über die Zukunft des Viertels weist auf ein Denken in Alternativen hin, da die Gruppenmitglieder sich gegenseitig ihre Überlegungen vorstellen und anschließend darüber beratschlagen können, vorausgesetzt es werden entsprechende Beiträge gepostet.

4.5.1 Einschätzung der Interviewpartner über die Motivationsgründe von *Viva Viktoria!*

IP6 findet das Engagement der Bürgerinitiative grundsätzlich enorm (IP6: 5). Auch IP7 bezeichnet es als intensiv. Er sieht auch ein großes Bestreben nach Austausch durch die Gruppe, glaubt aber nicht, dass diese sich für etwas einsetzen (IP7: 7f). Während IP3, ähnlich wie IP7, ein großes Interesse an Austausch durch die Gruppenmitglieder sieht (IP3: 13). IP1 beschreibt das Engagement der BI als „[Ei]ne Mischung aus [...] Feindbild, Antihaltung, Eigeninteresse und durchaus [...] positiven Ideen“ (IP1: 8). Letztere seien bisher nur sehr vage gewesen. So wurden noch keine konkreten Vorschläge seitens der BI geäußert während aber eine klare Vision gegen etwas vorliegt. Ein Eigeninteresse läge v.a. bei Eick und Roth vor, da sie Mieter der städtischen Fläche sind und somit durch den Verkauf dieser unmittelbar betroffen sind. Was auf Bergfeld nicht zutrefte, da er kein Mieter städtischer Fläche ist. Dass zunächst nur die Shopping-Mall verhindert wurde, sei aus Sicht der BI die richtige Strategie gewesen (IP1: 8). Auch IP7 verweist auf die Betroffenheit von einigen beteiligten Initiatoren (IP7: 8).

Des Weiteren erklärt er, dass funktionierende Sachverhalte in der Regel als selbstverständlich angesehen werden und nur gegen etwas mobilisiert wird, was als falsch erachtet wird (IP7: 7).

4.5.2 Repräsentativität von *Viva Viktoria!*

Wie in Abschnitt 4.1.6 festgestellt wurde, haben sich Befürworter der Shopping-Mall nicht organisiert zusammengetan. Daher stellt sich grundsätzlich die Frage, wie repräsentativ *Viva Viktoria!* für die gesamte Bonner Bevölkerung ist.

Achim Schröder von der FDP erklärte in der Ratssondersitzung, dass die gesammelten 16.500 Unterschriften 7% der wahlberechtigten Bevölkerung ausmachen (s. Gedächtnisprotokoll S. 2). Die Ansichten der verbleibenden 93% zu der Thematik sind somit nicht bekannt. So sieht auch IP6 in den 7% nur das „Engagement einiger weniger“ (IP6: 5).

Nach IP1 und IP7 hatten die Akteure der BI die Vorstellung nach der Ratssitzung die Bürgerwerkstatt zu koordinieren oder zumindest eine Sonderrolle eingeräumt zu bekommen, was aus Neutralitätsgründen abgelehnt wurde, da sie keine gesamtstädtische Entscheidung treffen können. IP7 betont die Wichtigkeit, die möglicherweise anderen Sichtweisen und Meinungen der verbliebenen Bürger mit in das kommende Werkstattverfahren aufzunehmen. Damit ein öffentlicher Dialog entsteht (IP1: 10f; IP7: 8).

IP2 verweist auf das Bauchgefühl der Bürger, die ihre Unterschrift abgegeben haben. Auch IP5 fand es überraschend, wie einfach und schnell die Unterschriftensammlung verlief und vermutet, dass eine Shopping-Mall für viele städtische Bürger ein rotes Tuch sei (IP2: 14; IP5: 5).

IP7 hätte es interessant gefunden, wenn es zu einem in Deutschland seltenen Bürgerentscheid gekommen wäre. So hätte die gesamte wahlberechtigte Bonner Bevölkerung die Möglichkeit gehabt über das Einkaufszentrum abzustimmen, wodurch auch sichtbar geworden wäre, wie viele Bürger sich dabei überhaupt beteiligen. Ebenfalls interessant hätte IP7 den Austausch von Argumenten gefunden, was er als „Informationsschlacht“ bezeichnet (IP7: 8f). Wäre ein Bürgerentscheid zugunsten der Shopping-Mall ausgegangen, so hätte IP5 die Entscheidung der Bevölkerung akzeptiert (IP5: 11).

4.6 Potential von elektronischen Medien für mehr Beteiligung

Zum Abschluss der vorliegenden Arbeit soll in diesem Abschnitt noch auf das Potential von E-Partizipatorischen Anwendungen und Social Media für eine stärkere Beteiligungskultur eingegangen werden.

IP4 sieht ein grundsätzliches Problem darin, dass Politik heutzutage für einzelne Klientelen betrieben wird und nicht mehr für die gesamte Bevölkerung (IP4: 7). Auch IP5 vermutet eine Abschottung der Politik gegenüber dem Volk, was zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen beiden Seiten führt (IP5: 10). IP7 bestätigt, dass sich viele Bürger nicht mehr von den Politikern vertreten fühlen (IP7: 9), wodurch sich Teile der Bevölkerung der politischen Teilhabe komplett verwehrt haben und auch nicht mehr dafür erreichbar sind (IP7: 11).

IP4 bestätigt das in Abschnitt 2.4.3 aufgeführte Übergewicht von Mittelschichtangehörigen in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement (IP4: 7). Dies führt zu einer „Demokratie der Engagierten“ (IP7: 9). Beide sehen es als Aufgabe für die Zukunft möglichst alle miteinzubeziehen und auch die zu aktivieren, die sich der Politik abgewandt haben (IP4: 7; IP7: 9). IP7 sieht es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an und fordert eine frühzeitige Aufklärungsarbeit, wie man sich (kommunal-) politisch einbringen kann. Dies kann eine Stadtverwaltung alleine nicht bewältigen und daher zieht IP7 die politischen Parteien mit in die Verantwortung (IP7: 6f).

IP1 ist der Ansicht, dass man in der heutigen Zeit neue Wege gehen muss um mit der Bevölkerung in Kontakt zu bleiben. So sei das Internet als ein Teil davon zu sehen (IP1: 6). Auch IP2 ist der Meinung, dass das Internet ein wichtiger Bestandteil ist, um die Bevölkerung zu erreichen. Ferner seien klassische Medien auch weiterhin wichtig und er verweist daher darauf, dass manche Bevölkerungsgruppen gar nicht über das Internet erreichbar sind, da sie z.B. kein Internet haben, was einen Großteil der älteren Menschen ausschließen würde (IP2: 12ff). Aber auch marginalisierte Gruppen wie Migranten und Obdachlose, die auch eine Meinung haben, sind schwer über das Internet erreichbar. Das funktioniert nur über persönliche Ansprache (IP3: 6). IP2 und IP7 heben die Wichtigkeit des face-to-face Kontaktes hervor. Dieser ermöglicht einen direkten Austausch vor Ort, so dass Fragen direkt beantwortet werden können. Oder aber man kann auf bestimmte gesetzliche Rahmenbedingungen eines Sachverhaltes hinweisen. Dazu können Informationsstände von Parteien, oder aber auch der Infocontainer der BI dienen. So bergen Internetangebote die Gefahr, dass Fragen oder Anregungen verzögert oder gar nicht beantwortet werden, wodurch das Frustrationspotential der Bürger steigt (IP1: 6; IP2: 13; IP3: 6; IP7: 6). Um eine solche Pseudobeteiligung zu verhindern ist es notwendig, dass derartige Beteiligungsportale und -prozesse moderiert und Verhaltensregeln analog zu face-to-face Gesprächen aufgestellt werden (IP3: 11f).

Dazu ist es wichtig Leitlinien und Qualitätskriterien zu verfassen, die einen transparenten und gleichberechtigten Diskurs betonen, was in einem Onlineverfahren oftmals schwierig ist, da man keine reale und wahrnehmbare Person gegenüber hat (IP4: 17). Durch die Anonymität des Internets wird die allgemeine Verrohung der Kommunikation noch verstärkt. Was sich in Form von Twitterhetze und Hassreden auf Facebook zeigt (IP4: 11). IP7 hat in Anbetracht anderer online geführter politischer Debatten „fast Angst davor [...] Themen der Stadtgesellschaft auf diesen Medien, also in der Form wie Facebook oder Twitter oder wie auch immer diskutieren zu lassen“ (IP7: 6). IP3 nennt als Beispiel die aktuelle Flüchtlingsthematik, in der eine sehr problematische Kommunikation geführt wird (IP3: 13). Dies steht im Kontrast zu den in 2.4.3 beschriebenen Habermas'schen Idealen.

IP2 ist der Ansicht, dass über konventionelle Medien auf elektronische Beteiligungsangebote hingewiesen werden muss, damit die Bevölkerung darauf aufmerksam wird und verweist auf Bring- und Holschuld. So würde oft nur auf entsprechende Internetangebote hingewiesen anstatt direkt mit den Bürgern in Kontakt zu treten (IP2: 12f). IP7 ergänzt dazu, dass man sich, unabhängig davon ob es online oder offline stattfindet, mit der Thematik auseinandersetzen muss, was zeitaufwendig ist. Daher ist ein benutzerfreundliches Angebot wichtig, was auch eine für alle Beteiligten verständliche Sprache beinhaltet, da Fach- oder Verwaltungssprache für viele eine Hürde darstellt (IP3: 18; IP7: 4). IP5 findet auch ein entsprechendes Fachwissen notwendig, das man sich aneignen muss, da man sich sonst im Thema nicht zurecht findet (IP5: 10).

Grundsätzlich sehen alle Interviewpartner aufgrund der unterschiedlichen Erreichbarkeit eine gegenseitig Ergänzung zwischen neuen und klassischen Medien als optimale Lösung die Bürgerschaft zu informieren.

5. Fazit

Das an den Tag gelegte Engagement wird von den restlichen Interviewten als beachtlich angesehen. Dies zeigt, dass die BI bereit ist Zeit und Geld für die Erreichung ihrer Ziele zu investieren, was auch als ein *sich für etwas einsetzen* interpretiert werden kann.

Dass die Anliegen durchaus ernstzunehmen und in der Öffentlichkeit von Interesse sind zeigt sich zum einen durch die intensive Behandlung in den klassischen Medien. Zum anderen auch durch zahlreiche Unterstützer und Sympathisanten, die ihre Unterschrift zum Erreichen des Bürgerbegehrens abgaben oder in der Facebookgruppe (aktiv) sind. Die Repräsentativität von *Viva Viktoria!* lässt sich nicht beantworten. Es hätten sicherlich noch weitere Unterstützer über einen längeren Zeitraum ihre Unterschrift abgegeben. Den Befürwortern einer Shopping-Mall fehlte ein Sprachrohr, was auch die Frage aufwirft warum nicht eine ähnliche Pro-Initiative wie bei „Stuttgart 21“ gestartet wurde. Es kann vermutet werden, dass möglicherweise bei Teilen der Bonner Bevölkerung das Thema nicht in ihrer Wahrnehmung stattfindet oder es ihnen grundsätzlich egal ist was letztendlich im Viktoriakarree entsteht. Klarheit darüber hätte nur durch einen Bürgerentscheid erreicht werden können. Dieser wurde bekanntermaßen verhindert. Das Ergebnis wäre allerdings durchaus interessant gewesen, da sich in der Wahlbeteiligung und dem Ergebnis auch die Interessenlage der städtischen Bevölkerung widerspiegeln würde.

In Anbetracht des kurzen Zeitraumes den *Viva Viktoria!* zur Verfügung hatte um ihr primäres Ziel, die Rücknahme des Verkaufsbeschlusses, zu verhindern ist eine anfängliche Dagegenhaltung zunächst nachvollziehbar. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass es noch keine konkreten Alternativen zur Entwicklung des Viertels vorliegen. Es ist Zeit erforderlich um die verschiedenen Meinungen und Ideen zusammenzutragen und zu diskutieren. Dazu bedarf es viel Planung und Organisation, so dass zunächst darauf aufmerksam gemacht wird und sich im Idealfalle alle Bürger daran beteiligen können und in einen gemeinsamen Dialog treten.

Auch die Kommunikation nach außen, die den Investor Signa schlecht darstellt ist verständlich, da es provokanter These bedarf um (mediale) Aufmerksamkeit zu erlangen, so dass die breite Bevölkerung anfängt sich Gedanken über die Thematik zu machen (IP4: 16). Um die Öffentlichkeit auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen war das soziale Netzwerk Facebook mit seiner Gruppenbildungsfunktion sowie die eigene Webseite für die BI sehr vorteilhaft (IP5: 7).

Die Bereitschaft sich langfristig für eine Stadtentwicklung im Viktoriaviertel einzusetzen und in einer Bürgerwerkstatt mitzuarbeiten ist bei der BI aktuell vorhanden. Was die Antworten der meisten IP zeigen. Lediglich IP6 und zum Teil auch IP7 stehen der BI und ihrer Einsatzbereitschaft kritisch gegenüber. IP5 betont mehrfach den Willen von *Viva Viktoria!* sich weiterhin zu engagieren und am Prozess der Stadtentwicklung durch Bürgerbeteiligung

mitzuarbeiten. Auch die selbstkritische Behandlung der eigenen Ausrichtung nach dem Ratsbeschluss vom 30.11.2015 weist darauf hin, dass es den Initiatoren und Mitstreitern um mehr geht, als nur die Shopping-Mall zu verhindern. Nach dem 30.11. wurden weitere Veranstaltungen im Viertel organisiert und auch das Aufstellen des Infocontainers zeigt, dass man aktiv ist. Dieser stellt einen Anlaufpunkt für die Bonner Bürgerschaft dar, in dem sie sich auch abseits des Internets über die Anliegen und Pläne der BI informieren kann.

Ob sich die BI wirklich langfristig engagieren wird und es zu einer von der breiten Öffentlichkeit getragenen Entscheidung zur zukünftigen Entwicklung des Viertels kommt liegt außerhalb des zeitlichen Rahmens dieser Arbeit. Daher lässt sich die Ausgangsfrage nicht gänzlich beantworten. Es liegt allerdings eine Tendenz in Richtung *für etwas sein* vor, was der Intention der Titelfrage widerspricht.

Zur zukünftigen Entwicklung von E-Partizipation soll hier abschließend nur kurz Stellung bezogen werden. Fakt ist, dass das Internet immer weiter in alle Lebensbereiche vordringt. Daher ist es für Städte und Kommunen notwendig ihr Partizipationsangebot auf dieses Medium auszuweiten und es transparent und für alle zugänglich zu gestalten. Da aber nicht alle Menschen (gut) über das Internet zu erreichen sind, gilt es weiterhin offline Informationsveranstaltungen und Partizipationsangebote bereitzustellen. Des Weiteren ist ein Ausbau von IKT, v.a. im ländlichen Bereich, notwendig um eine einheitliche technische Grundlage zu schaffen. Ob sich dadurch Bürger allgemein mehr politisch interessieren oder engagieren ist fraglich. Dazu bedarf es einerseits Änderungen des Verhaltens der Politiker und der Arbeitsweise der Verwaltung wie es das Good Urban Governance Modell vorschlägt. Andererseits muss eine politische Beteiligungskultur in der gesamten Gesellschaft und durch diese etabliert werden. Diese sollte durch Dialog und Toleranz geprägt sein oder wie es IP3 formuliert: „Bürgerbeteiligung ist Kommunikation jenseits der Zuspitzung“ (IP3: 17).

6. Literaturverzeichnis

- BARINGHORST, S. (2009): Politischer Protest im Netz – Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation. In: Marcinkowski, F. u. B. Pfetsch (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie. (VS Verlag) Wiesbaden. S. 609-634.
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.) (2014): Finanzielle Bürgerbeteiligung. Instrument zur Sicherstellung kommunaler Leistungserbringung. Gütersloh. Abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/BS-0238_Broschuere_Buergerbeteiligung_Okt2014.pdf (letzter Abruf: 16.02.2016)
- BONNER AKADEMIE FÜR FORSCHUNG UND LEHRE PRAKTISCHER POLITIK (BAPP) (2012): Digitale Citizens: Politische Partizipation in Zeiten von Social Media. Fallanalysen zur politischen Beteiligung in Deutschland, Ägypten und China. Abrufbar unter: http://www.bapp-bonn.de/medien/downloads/publikation_forschungsergebnisse/publikation_forschungsergebnisse_kurz.pdf (letzter Abruf: 22.03.2016)
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (2012): <http://www.bpb.de/apuz/75834/digitale-politik-und-partizipation-moeglichkeiten-und-grenzen?p=all> (letzter Abruf: 26.02.2016)
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.): <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/201988/buergerinitiativen?p=all> (letzter Abruf: 15.03.2016)
- BÜRGERINITIATIVE HELIOS (o.J.): <https://buergerinitiativehelios.wordpress.com/uber-uns/die-buergerinitiative-helios/> (letzte Abruf: 11.03.2016)
- CASTELLS, M. (2012): Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet Age. (Polity Press) Cambridge.
- DEUTSCHER STÄDTETAG (Hrsg.) (2013): Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung. Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Deutschen Städtetages. Berlin und Köln. Abrufbar unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/mat_beteiligungskultur_2013_web.pdf (letzter Abruf: 09.02.2016)
- DIEKMANN, A. (2009²⁰): Empirische Sozialforschung. Grundlagen Methoden Anwendungen. (Rowohlt Taschenbuch Verlag) Hamburg.
- DUDEN (o.J.): <http://www.duden.de/rechtschreibung/Wutbuerger> (letzter Abruf: 22.03.2016)

- FRANZ ET AL. (2014): E-Partizipation als neuer Impuls in stadtplanerischen Prozessen. Von den Visionen der Stadtplanenden zu den Utopien der BürgerInnen. In: Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft, Bd. 60. S. 43-56.
- FRIESS, D. (2013): E-Partizipation. Chancen und Risiken. In: Kommune21 Jg. 13, H. 11/2013. S. 18-20.
- GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON (o.J.): <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/web-2-0.html> (letzter Abruf: 10.03.2016)
- GAR NRW GRÜNE ALTERNATIVE IN DEN RÄTEN NRW (Hrsg.) (2013): Bürgerbeteiligung in den Kommunen: Die „neue Gewaltenteilung“ in der Lokalpolitik. Gutachten der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung im Auftrag der GAR NRW. Düsseldorf. Abrufbar unter: <http://www.gar-nrw.de/files/GutachtenB%C3%BCrgerbeteiligungTelgteWeb.pdf> (letzter Abruf: 16.02.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2010a): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Die-letzten-Stunden-des-Viktoriabades-article22536.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2010b): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Stadt-schreibt-Areal-am-Viktoriabad-aus-article30733.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2011a): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Viktoriakarree-Stadtmuseum-soll-ausziehen-article281746.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2011b): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Investoren-interessiert-Viktoria-Areal-article282627.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2012a): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Einkaufszentrum-in-Viktoriakarree-Investor-setzt-Fu%C3%9F-in-die-T%C3%BCr-article606614.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2012b): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/SPD-Stadt-soll-ausschreiben-article736277.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2012c): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Kritik-an-Pl%C3%A4nen-f%C3%BCr-das-Viktoriakarree-article784331.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2012d): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Viktoriakarree-Investor-k%C3%BCndigt-Mietern-article791413.html> (letzter Abruf 31.01.2016)

- GENERAL-ANZEIGER (2013): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Die-Stadt-vertr%C3%A4gt-laut-Gutachten-noch-viel-Einzelhandel-article998762.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2014): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Wichtiges-Innenstadt-Projekt-wird-europaweit-ausgeschrieben-article1311498.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015a): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Wie-sieht-die-Umgestaltung-aus-article1599951.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015b): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Verkehrsl%C3%B6sungen-entt%C3%A4uschen-article1616536.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015c): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Die-Jury-tut-sich-schwer-article1630154.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015d): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Entscheidung-f%C3%BCr-Planung-des-M%C3%BCchner-Projektentwicklers-article1630943.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015e): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Politiker-ringen-um-die-richtige-Entscheidung-article1640187.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015f): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Protest-gegen-Umzugspl%C3%A4ne-article1658430.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015g): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Fraktionensetzen-drei-Meilensteine-article1659180.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015h): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Menschenkette-rund-ums-Bonner-Viktoriakarree-article1697096.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015i): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Gr%C3%BCne-Stadt-hat-Signa-zugearbeitet-article1709782.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015j): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Viktoriakarree-Stadt-hat-falsch-gerechnet-article1719964.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015k): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Ausschuss-definiert-Eckpunkte-f%C3%BCr-Viktoriakarree-article1709010.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)

- GENERAL-ANZEIGER (2015l): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Gr%C3%BCne-Stadt-hat-Signa-zugearbeitet-article1709782.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015m): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/themenarchiv/themen-bonn/ob-wahl/Schwierige-Aufgaben-f%C3%BCr-Bonns-neuen-OB-Sridharan-article1723088.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015n): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Verb%C3%A4nde-f%C3%BCr-das-Einkaufszentrum-im-Viktoriakarree-article1744597.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015o): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Kaufleute-kritisieren-IHK-article1773931.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2015p): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Rat-beerdigt-das-Projekt-Einkaufszentrum-article1775871.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2016a): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Diskussion-um-Neugestaltung-und-Nutzung-des-ehemaligen-Schwimmbads-article1800027.html>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- GENERAL-ANZEIGER (2016b): <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Party-von-Blow-Up-bis-Caf%C3%A9-Blau-article3159882.html> (letzter Abruf 31.01.2016)
- GIESA, C. (2011): Bürger. Macht. Politik. (Campus Verlag) Frankfurt am Main/New York.
- GLÄSER, J. u. G. LAUDES (2006²): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse.
(VS Verlag) Wiesbaden.
- HART, T. u. F. PFLÜGER (Hrsg.) (2004): Neue Medien und Bürgerorientierung. Strategien für die Zukunft vor Ort. Gütersloh.
Abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Neue_Medien_und_Buergerorientierung.pdf
(letzter Abruf: 10.11.2015)
- HASEBRINK, U. u. H. DOMEYER (2010): Zum Wandel von Informationsrepertoires in konvergierenden Medienumgebungen. In: HARTMANN, M. u. A. HEPP (Hrsg.): Die Mediatisierung der Alltagswelt. (VS Verlag) Wiesbaden. S. 49-65.
- HENNING ET AL. (2011): GEOKOM-PEP - Web 2.0 Anwendung zur partizipativen Planung durch soziale Geokommunikation. In: *gis.Science* 3/2011, S. 65-74.

- HERKENRATH, M. (2011): Die Globalisierung der sozialen Bewegung. Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung (VS Verlag) Wiesbaden.
- INSTITUT FÜR INFORMATIONSMANAGEMENT BREMEN GMBH (Hrsg.) (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Ref. IT 1. Bremen.
Abrufbar unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/Informationsgesellschaft/studie_e_partizipation.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf: 20.02.2016)
- KLEMMER, M. (2011): Stuttgart 21. Gefällt mir. Kommentieren. Teilen. Ein kurzer Streifzug durch web 2.0. In: PNDonline Jg. 6, H. II|2011. S. 1|4-4|4.
- KNEUER, M. (2013): Mehr Partizipation durch das Internet?. In: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.): Zur Sache. Bd. 7, S. 5-20.
- KNEUER, M. U. S. RICHTER (2015): Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?. (Campus Verlag) Frankfurt am Main/New York.
- KOOP, A. (2010): Leitfaden Online-Konsultation. Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet. Gütersloh.
Abrufbar unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/Informationsgesellschaft/leitfaden.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf: 17.02.2016)
- LAHMANN, D. (2014): Bonn im Aufbruch zu einer integrierten und nachhaltigen Bürgerbeteiligung. In: NETZWERK BÜRGERBETEILIGUNG (Hrsg.): eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2014 vom 10.04.2014. S. 1-6. Abrufbar unter: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beaertraege/beitrag_lahmann_140410.pdf (letzter Abruf: 22.02.2016)
- LAMNEK, S. (2010⁵): Qualitative Sozialforschung. (Beltz) Weinheim.
- LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.) (2014): Politik und Internet. In: Der Bürger im Staat Jg. 64, H. 4-2014. (Süddeutsche Verlagsgesellschaft) Ulm.
- LÖFFLER, E. (2001): Governance - die neue Generation von Staats- und Verwaltungsmodernisierung. In: Verwaltung und Management, H. 4, S. 212-215.
- LÜBCKE ET AL. (2011): Die Zukunft der Stadtentwicklung. Online und partizipativ?. In: Informationen zur Raumentwicklung, 10/2011, S. 627-636.

- MÄRKER, O. u. J. WEHNER (2008): E-Partizipation. Bürgerbeteiligung in Stadt- und Regionalplanung. In: Standort - Zeitschrift für Angewandte Geographie, 32/2008 S. 84-89.
- MÄRKER, O. (2009): Studie: E-Partizipation in Deutschland. Stärken - Schwächen - Handlungsempfehlungen. In: JeDEM - eJournal of eDemocracy and Open Government, Bd. Vol. 1, No. 1, S. 45-54.
- MELUCCI, A. (1995): The Process of Collective Identity. In: JOHNSTON ET AL. (Hrsg.): Social Movements, Protest and Contention (Volume 4) London. S. 41-63.
- MEUSER, M. & U. NAGEL (1991): Experteninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: GARZ, D. & K. KRAIMER (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. (Westdeutscher Verlag) Opladen. S. 441-471.
- MOSER, H.(2014): Die Veränderung der politischen Teilnahme und Partizipation im Zeitalter der digitalen Netze. In: BIERMANN, R., J. FROMME u. D. VERSTÄNDIG (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. (Springer VS) Wiesbaden. S. 21-48
- NETZWERK BÜRGERBETEILIGUNG (2013): Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung im Netzwerk Bürgerbeteiligung. 10 Anforderungen an eine gute Bürgerbeteiligung. Abrufbar unter: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Qualita%CC%88tskriterien/nwbb_qualitaetskriterien_stand_februar2013.pdf (letzter Abruf: 09.02.2016)
- NOLTE, P. (2013): Formen des Protests, Muster der Moderne. Vom 18. zum 21. Jahrhundert. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Heft 64. S. 584-599
- O'REILLY, T. u. S. MILSTEIN (2013³): Das Twitter-Buch. (O'Reilly) Beijing.
- PFENNING, U. u. C. BENIGHAUS (2008): Partizipativer Wandel - methodischer Wandel: Neue und klassische Formen der Bürgerbeteiligung im Vergleich. In: VETTER, A. (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. (Springer VS) Wiesbaden. S. 195-216.
- REIDINGER, F. (2013): Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung: Zwei Seiten einer Medaille. In: WEGWEISER BÜRGERGESELLSCHAFT (Hrsg.): eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 13/2013 vom 19.07.2013. S.1-8. Abrufbar unter: http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_reidinger_130719.pdf (letzter Abruf: 16.02.2016)

- RENN, O. (2011): Einführungsvortrag: Bürgerbeteiligung: Aktueller Forschungsbestand und Folgerungen für die praktische Umsetzung. Nutzen und Risiken öffentlicher Großprojekte: Bürgerbeteiligung als Voraussetzung für eine größere gesellschaftliche Akzeptanz. In: HILPERT, J. (Hrsg.): Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung, Nr. 19/Juni 2011. S. 19-43.
- ROTH, R. u. D. RUCHT (2008): Einleitung. In: DIES. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. (Campus Verlag) Frankfurt am Main/New York. S. 9-36.
- ROTONDO, F u. F. SELICATO (2011): E-Deomocracy in Collaborative Planning. A Critical Review. In: MURGANTE ET AL. (Hrsg.): ICCSA 2011, Part II, LNCS 6783. Berlin/Heidelberg. S.199-209.
- RUCHT, D. (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. (Campus Verlag) Frankfurt am Main/New York.
- RUCHT, D. (1995): Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen Jg. 8, H. 1. S. 9-23.
- RUCHT, D. (2014): Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste. In: VOSS, K. (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-Down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. (Springer VS) Wiesbaden. S. 115-128.
- SCHULZE-WOLF, T. (2007): Einleitung. In: STIFTUNG MITARBEIT (Hrsg.): E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet. Bonn. S. 7-14.
- SCHWINDT, A. (2012³): Das Facebook-Buch. (O'Reilly) Beijing.
- SIEVERT, H. u. A. NELKE (Hrsg.) (2014): Social-Media-Kommunikation nationaler Regierungen in Europa. Theoretische Grundlagen und vergleichende Länderanalysen. (Springer VS) Wiesbaden.
- SINNING, H. (2005): Partizipation - neue Anforderungen an eine bewährte Governanceform. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10.2005. S. 579-588.
- SINNING, H. (2006): Urban Governance und Stadtentwicklung. Zur Rolle des Bürgers als aktiver Mitgestalter und Koproduzent. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung Jg. 6, H. 1/2006. S. 87-90.

- STADT BONN (2014): Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn. Bonn. Abrufbar unter:
www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/leitlinien_buergerbeteiligung/index.html?lang=de&download=M3wBUQCu%2F8ulmKDu36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfnapmmc7Zi6rZnqCkkIR2fH9%2FbKbXrZ2lhtTN34al3p6YrY7P1oah162apo3X1cjYh2%2BhoJRn6w%3D%3D (letzter Abruf: 22.02.2016)
- STADT BONN (2015a): https://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/01485/index.html (letzter Abruf 31.01.2016)
- STADT BONN (2015b): http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/leitlinien_buergerbeteiligung/index.html?lang=de (letzter Abruf: 22.02.2016)
- STADT BONN (2016): http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/bonn_macht_mit/index.html?lang=de (letzter Abruf: 22.02.2016)
- STATISTA (o.J.a): <http://de.statista.com/themen/138/facebook/> (letzter Abruf: 07.03.2016)
- STATISTA (o.J.b): <http://de.statista.com/themen/99/twitter/> (letzter Abruf 07.03.2016)
- THIERBACH, C. u. G. PETSCHIK (2014): Beobachtung. In: Baur, N. u. J. Blasius (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. (Springer VS) Wiesbaden. S. 855-866.
- THIMM, C. u. T. BÜRGER (2013): Digitale Partizipation im politischen Konflikt - „Wutbürger online“. In: FRIEDRICHSEN, M. u. R.-A. KOHN (Hrsg): Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien. (Springer VS) Wiesbaden. S. 285-304.
- VAN SETERS, P. u. P. JAMES (2014): Global Social Movements and Global Civil Society. A Critical Overview. In: DIES. (Hrsg.): Globalization and Politics, Volume II. Global Social Movements and Global Civil Society. London. S. vii-xxx.
- VETTER, A. (2008): Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. In: VETTER, A. (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung (Springer VS) Wiesbaden. S. 9-27.
- VIRGL, C.-J. (2011): Protest in der Weltgesellschaft. (VS Verlag) Wiesbaden.
- VIVA VIKTORIA (2015a): http://viva-viktoriam.de/sites/default/files/pdf/2015-07-15_Anzeige-Buergerbegehren.pdf (letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015b): <http://viva-viktoriam.de/sites/default/files/pdf/PM-20150729.pdf> (letzter Abruf 31.01.2016)

- VIVA VIKTORIA (2015c): <http://viva-viktoria.de/aktuell/unterschriftensammlung-startet-am-0509>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015d): <http://viva-viktoria.de/aktuell/plakat-gefaellig>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015e): <http://viva-viktoria.de/aktuell/support-wanted-montag-ist-menschenkette> (letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015f): <http://viva-viktoria.de/aktuell/viva-viktoria-das-lied>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015g): <http://viva-viktoria.de/aktuell/jetzt-auch-im-kino>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015h): <http://viva-viktoria.de/pages/aktion-unsere-frage-die-ob-kandidaten>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015i): <http://viva-viktoria.de/aktuell/offener-brief> (letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015j): <http://viva-viktoria.de/aktuell/nicht-unserem-namen>
(letzter Abruf 31.01.2016)
- VIVA VIKTORIA (2015k): <http://www.viva-viktoria.de/impressum> (letzter Abruf: 14.03.2016)
- WEITZ, L. (2014): Beteiligung zur Beteiligung - Leitlinien zur Bürgerbeteiligung als wesentlicher Baustein einer guten Beteiligungskultur vor Ort. In: NETZWERK BÜRGERBETEILIGUNG (Hrsg.): eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2014 vom 10.04.2014. S. 1-4. Abrufbar unter: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_weitz_140410.pdf
(letzter Abruf: 09.02.2016)
- WINKEL, O. (1999): Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert. (Lit Verlag) Münster.
- ZARRELLA, D. u. A. ZARELLA (2011): Das Facebook Marketing Buch. (O'Reilly) Beijing.
- ZARRELLA, D. (2012²): Das Social Media Marketing Buch. (O'Reilly) Beijing.

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbstständig verfasst habe, dass ich keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt und die Stellen der Arbeit, die anderen Werken und dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, in jedem Fall als Entlehnung kenntlich gemacht habe. Das Gleiche gilt auch für beigegebene Zeichnungen, Kartenskizzen und Abbildungen.

Bonn, den 29.03.2016

Felix Herrmann